

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 179

SONNTAG, 15. Nov. 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Grundlagen der auswärtigen Politik
Opfer der Wehrfreiheit
Die Zivilwillkür
Rückwanderertragödien

Der Angriff auf das deutsche Volk

Die Blutfahnen Hitlers und Francos

In Deutschland sind zwei symbolische Handlungen vorgenommen worden. Am 9. November hat Hitler den sogenannten Gedenkmarsh durch München veranstaltet. Die »Blutfahne« wurde dem Marsch zu Ehren des Hitlerputsches von 1923 vorangetragen, der damals im Feuer der Reichswehr zusammengebrochen ist. Hinter der Blutfahne im ersten Gliede marschierte Generalfeldmarschall von Blomberg, den Marschallstab in der Hand. Fast zur gleichen Zeit wurde in Berlin eine andere Blutfahne feierlich gehißt. Die Vertreter der verbrecherischen spanischen rebellischen Generale haben, begünstigt von der Hitlerregierung, Besitz von der spanischen Botschaft in Berlin ergriffen und demonstrativ die mit Blut befleckte Fahne der spanischen Gegenrevolution gehißt.

Der sogenannte Gedenkmarsh in München feiert ein Verbrechen am deutschen Volke, das im Jahre 1923 noch verhindert werden konnte, dafür aber im Jahre 1933 total durchgeführt wurde. Die Erinnerungsfeier an das Verbrechen von 1923 ist eine Siegesfeier der Gegenrevolution über das deutsche Volk. Die Demonstration der Berliner Vertreter Francos ist eine vorweggenommene Siegesfeier der verbrecherischen spanischen Gegenrevolution über das spanische Volk.

Nichtsdestoweniger haben die Vertreter Francos ihren Sieg voreilig gefeiert! Das spanische Volk kämpft einen heldenhaften Kampf, der ganz Europa in Atem hält. Es schlägt sich gegen die Truppen der gegenrevolutionären Generale, gegen die Tanks und Flugzeuge Deutschlands und Italiens; und die verbrecherischen Generale haben die Hoffnung längst aufgeben müssen, daß sie nach kurzem Putsch und Sieg über Spanien die Kirchhofsruhe der Gegenrevolution breiten könnten. Der Kampf auf Leben und Tod wird Spanien noch lange verzehren, und das Feuer der Freiheit erstickt nicht. Jede Schlacht, die das spanische Volk für seine Freiheit schlägt, ist ein Trompetenstoß für die Kräfte der europäischen Demokratie, die in der lauen Luft einer unentschiedenen Diplomatie eingeschlafert worden sind.

Der bewaffnete Aufstand der Gegenrevolution mit Hilfe der Armee, die Abschichtung der Freunde der Freiheit, der Marsch von Söldnertruppen auf die Hauptstadt, die Bombardierung der Arbeiterviertel mit Granaten und Luftbomben, alles, was den Krieg der spanischen Generale gegen das spanische Volk kennzeichnet, hatten Ludendorff und Hitler im Jahre 1923 dem deutschen Volke zugebracht. Wie Franco auf Madrid, so wollten Ludendorff und Hitler auf Berlin marschieren. Sie hatten in Franken und Thüringen ihre Söldnertruppen dafür bereitgestellt. Sie hatten in München mit den viehischen Grausamkeiten gegen die Anhänger der Republik bereits begonnen, die sie mit bewaffneter Hand nach Berlin tragen wollten.

Der Marsch Francos auf Madrid ist ein Glied in der Kette der Märsche der Faschisten auf republikanische Hauptstädte. Die Gunst der historischen Verhältnisse hat es Mussolini im Jahre 1922 und Hitler im Jahre 1933 gestattet, ihre Märsche auf Rom und Berlin durchzuführen, ohne daß sie gezwungen waren, den blutiggrausamen Sinn dieser Märsche sinnfällig zu demonstrieren. Was Franco mit offen blutiger Gewalt, mit der Enthüllung einer barbari-

schen Grausamkeit, Verbrechen auf Verbrechen häufend, gegen den Widerstand eines tapfer kämpfenden Volkes Schritt für Schritt erzwingen will, das haben sie — im Bunde mit eidbrechenden militärischen und verfassungsmäßigen Gewalten — ohne Schwertstreich durchgeführt. Aber die blutige Gewalt ist dennoch das Wesen ihrer Systeme, der tausendfache Mord im Dunkeln, die barbarische Grausamkeit, der Ausrottungsfeldzug gegen die Menschen freilichtlicher Gesinnung. Wenn immer heute die Faschisten aller Länder den Marsch auf die Hauptstadt als ihr Ziel ansehen, so wollen sie das, was Franco durchführt. Franco vor Madrid — das ist das Ziel der Degrelles und der Mosleys,

der belgischen, englischen, französischen Faschisten. Hinter ihren angeblich legalen Demonstrationen lauert der Bürgerkrieg, der Wille zu blutig verbrecherischer Gewalttat.

Der sogenannte Gedenkmarsh in München unter Vorantragung der Blutfahne feiert den Sieg des gegenrevolutionären Angriffs auf das deutsche Volk, der im Jahre 1933 gelungen ist. Das deutsche Volk ist ein besiegt Volk. Während seine Herrscher im Bunde mit der europäischen Gegenrevolution zum Angriff auf die Freiheit anderer Völker vorgehen, erduldet es die Leiden der Besiegten. Noch als Besiegter erleidet es Angriff auf Angriff, Gewalttat auf Gewalttat.

Aber hinter der Blutfahne von München marschiert ein Schatten mit, eine andere Erinnerung aus dem Jahre 1923 — das Gespenst der Inflation! Sie haben es aufs neue geweckt, sie sind ihm verfallen, sie bannen es nicht!

Ein blutiges Verbrechen

Edgar André in Hamburg hingerichtet.

Der Kommunist Edgar André ist hingerichtet worden. Es ist nicht die Rede von einem Justizmord aus Irrtum. Es handelt sich um die bewußte Ermordung eines politischen Gegners mit Hilfe einer feilen Justiz. Hinter dem Begriff der Justiz darf die persönliche Verantwortung aller an diesem Mord

Hitlerlöhne - Hungerlöhne!

Bauarbeiter früher 96, jetzt 47 Pfg. pro Stunde!

So liest man in Adolf Hitlers Buch: »Mein Kampf«:

»Eine Bewegung, die den deutschen Arbeiter in ehrlicher Weise seinem Volke wiedergeben und dem internationalen Wahn entreißen will, muß aufs schärfste Front machen gegen eine vor allem in Unternehmerräumen herrschende Auffassung, die unter

Volksgemeinschaft die widerstandslose wirtschaftliche Auslieferung des Arbeitnehmers

dem Arbeitgeber gegenüber versteht und die in jedem

Versuch der Wahrung selbst berechtigter wirtschaftlicher Existenzinteressen

des Arbeitnehmers einen Angriff auf die Volksgemeinschaft sehen will. Das Vertreten dieser Auffassung stellt das Vertreten einer bewußten Lüge dar; die Volksgemeinschaft legt ja nicht nur der einen Seite, sondern auch der anderen ihre Verpflichtungen auf.«

Das Deutsch ist fürchterlich, aber der Sinn ist klar. Wer als Unternehmer die Ideologie der Volksgemeinschaft dazu benutzt, die Löhne zu drücken, macht sich einer bewußten Lüge schuldig. Und wer in jedem Versuch der Arbeiter, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren, einen Angriff auf die Volksgemeinschaft sieht, der verdient, daß aufs schärfste gegen ihn Front gemacht wird.

Was verdient danach Adolf Hitler?

Die Theorie der Volksgemeinschaft wird noch immer verkündet. Aber verbunden ist sie mit einer Praxis, die die Löhne der Arbeiter bis unter das Existenzminimum drückt und jeden Versuch wirtschaftlicher Interessenvertretung durch Terror zu ersticken versucht. Wieweit der Prozeß der Lohnminderung schon fortgeschritten ist, mag neben vielem anderen das folgende Dokument aus dem Rheinland beweisen:

»Bauarbeiter, herhören!

Das Gerücht über Herabsetzung der Löhne für Bauarbeiter ist gänzlich unwahr und frei erfunden. Es ist lediglich eine Zusammenfassung der bisherigen Ortsklassen 8 und 9 zu einer Lohnklasse erfolgt. Die Ortsklassen 8 und 9 umfassen aber nur kleinste ländliche Ortschaften, wo bisher ein tariflicher Lohn von 42, bzw. 44 Pfennige je Stunde gezahlt wurde. Nach dem Wortlaut der Abänderung wird in diesen nunmehr in einer Ortsklasse zusammengefaßten Ortschaften ein Stunden-

lohn von 47 Pfennigen gezahlt, was immerhin eine

Lohnerhöhung

von rund 10 Prozent bedeutet. Von einer Verschlechterung kann also hier nicht die Rede sein. Wir warnen alle diejenigen, die in unsere Bauarbeiterschaft durch unwahre Behauptungen Unruhe hineinzutragen versuchen.

Heil Hitler

gez. Prinz, Kreisorganisationsleiter.«

Herr Prinz und sein Auftraggeber, der sogenannte Treuhänder der Arbeit im Rheinland, Börger, haben damit in ihrer unerschöpflichen Dummheit ein Dokument schärfster Anklage gegen das bestehende System geliefert. Denn

in der geschmähten »Systemzeit«, in den sogenannten Jahren der Schmach, bekamen die Bauarbeiter Stundenlöhne von 92 bis 96 Pfg.

Jetzt, wo die Lebensmittelpreise sowohl wie die Abzüge vom Lohn gewaltig gestiegen sind, wird ein Stundenlohn von 47 Pfennigen sogar schon als eine »zehnprozentige Lohnerhöhung« angepriesen, und gegen diejenigen, die dazu eine kritische Bemerkung wagen möchten, werden Warnungen erhoben, von denen jedermann weiß, was damit gemeint ist. Wie steht es da mit dem Recht des Arbeiters auf »Wahrung selbst berechtigter wirtschaftlicher Existenzinteressen«? Wer macht noch gegen ein solches System, wie es der Verfasser der berühmten Volksbibel »Mein Kampf« versprochen hat, »aufs schärfste Front«?

Aus einer großen sächsischen Maschinenfabrik wird uns berichtet: Bis Anfang 1933 verdienten Facharbeiter 40 bis 45 Reichsmark pro Woche. Heute verdienen diese Facharbeiter netto 30 Mark. Durch Ueberzeitarbeit, die früh und abends geleistet wird, kommen sie höchstens auf 34 Mark.

Bei den Autobahnarbeitern sind die Stundenlöhne neuerdings von 55 Pfennige auf 52 Pfennige gesenkt worden. Ebenso viel beträgt der Stundenlohn bei den Deichbefestigungen im Nordwesten. Da infolge schlechten Wetters häufig Arbeitstage ausfallen, gehen die Arbeiter oft mit einem Wochenlohn von 12 bis 14 Mark nach Hause.

Aus verschiedenen Glasfabriken wird uns gemeldet, daß dort gleichfalls scharfe Lohnreduktionen erfolgt sind. In manchen Fabriken beträgt der Abbau zum

1. Oktober zehn Prozent, Anfang des nächsten Jahres soll eine weitere Senkung um 15 Prozent erfolgen. Bisher verdienten diese Arbeiter durchschnittlich 45 Mark, nach erfolgter Operation werden sie sich mit 31 Mark pro Woche begnügen müssen. Besonders kläglich sind die Löhne in einer großen bayrischen Glasfabrik, wo die sogenannten Glasanfänger auf 8.80 Mark in der Woche kommen. In derselben Fabrik verdiente im Jahre 1927 ein Glasanfänger 70 Mark in der Woche. Heute beträgt der ganze Werkstattlohn für eine Gruppe von zehn Arbeitern oft kaum mehr als 120 Mark!

In einer großen Spielwarenfabrik müssen die Jugendlichen 10 bis 12 Stunden arbeiten, wofür sie 15 bis 20 Pfennige pro Stunde erhalten. Dabei zahlt die Firma den Lohn fünfmarkweise aus, ohne daß die Arbeitsfront dagegen einschreitet.

In Sachsen sind bei vielen Großhandelsfirmen die Gehälter, besonders der jüngeren Angestellten, um 15 Prozent gekürzt worden.

In der Pfalz beträgt jetzt der höchste Stundenlohn 57 Pfennige. Davon gehen ab verschiedene Beiträge für Sozialversicherung, Kirchensteuer, Arbeitsfront, Winterhilfswerk, so daß ein Lohn von 10 bis 15 Mark pro Woche verbleibt.

Das sind Beispiele, die sich um das Unendliche vermehren ließen. Allüberall steigt die Not und mit ihr die Unzufriedenheit.

In Marx' »Kapital« kann man von Leuten lesen, die Kattun meinen, wenn sie Christus sagen. In Deutschland meint man heute Ausplünderung der Massen, wenn man Volksgemeinschaft sagt. Der Mann aber, der den Volksausplünderern den Weg zur Macht gebahnt hat und der heute jeden, der den Versuch macht, »seine berechtigten wirtschaftlichen Existenzinteressen zu wahren«, mit Gestapo, Hochverratsprozessen und Konzentrationslagern verfolgen läßt, heißt Hitler.

So weitet sich der Kampf um einen menschenwürdigen Lohn zu einem Kampf gegen das ganze System. Trotz Hitler, Heß und Göring, trotz Gestapo, Hochverratsprozessen und Konzentrationslagern werden die Arbeiter für ihre wirtschaftlichen Existenzinteressen, für ihre Menschenrechte kämpfen. Sie werden kämpfen, weil sie müssen!

Belebten nicht verschwinden. Die Richter und Staatsanwälte, alle Personen, die von der Anklageerhebung an bis zur Bluttat selbst in allen Instanzen mitgewirkt haben, tragen persönliche Verantwortung für dieses Verbrechen.

André, der seit drei Jahren im Gefängnis saß, war angeklagt, als Leiter einer kommunistischen Demonstration am 7. September 1931 in Hamburg die Schuld am Tode eines Nationalsozialisten zu tragen. Tatbestand ist, daß diese von der Polizei erlaubte Demonstration sich zurückzog, als sie von Nationalsozialisten mörderisch angegriffen wurde, und daß ein Kampf zwischen Nationalsozialisten und Polizei stattgefunden hat. Die Anklage ist im Prozeß völlig zusammengebrochen. Die Zeugen der Staatsanwaltschaft haben noch im Prozeß ihre belastenden Aussagen selbst widerrufen. Hunderte von im Ausland befindlichen Zeugen haben die im offenkundigen Widerspruch zu bekannten Tatsachen stehenden Behauptungen der Anklage zersetzt.

Namhafteste Juristen aus der ganzen Welt, keineswegs nur kommunistisch gesinnte Juristen, haben sich gegen dieses Tendenzurteil und seine Ungeheuerlichkeiten erhoben. Noch drei Wochen vor der Hinrichtung haben sich zwanzig Parlamentsmitglieder der englischen Labour-Party an Hitler gewandt mit dem Ersuchen, die Urteilsvollstreckung aufzuheben.

Das System hat auf den Aufschrei des beleidigten Rechtsgefühls der ganzen Welt geantwortet, indem es André mit dem Befehl des Henkers den Kopf abschlagen ließ. Es wollte seinen blutigen Charakter demonstrieren. Es wollte der Welt zeigen, daß es die Gewalt über das Recht stellt. Es wollte zeigen, daß es zum Zwecke einer Demonstration — wer erkennt am Termin dieser Hinrichtung nicht die Absicht, für die Siegesfeier vom 9. November in München die Leiche eines Kommunisten mitzubringen? — rücksichtslos Menschenleben opfert. Es wollte zeigen, daß es sich herausgelöst hat aus der Gemeinschaft, die durch Begriffe des Rechts, der Billigkeit, der Moral, der Menschenrechte in Europa geschaffen worden ist. Dem Glauben, daß der nationalsozialistische Staat ein Staat sei wie andere zivilisierte Staaten Europas, hält das System mit zynischem Hohn den abgeschlagenen blutigen Kopf von André entgegen — ein Symbol des gewaltigeren Verbrechens, das es gegen Europa plant.

Der Eidbrecher

Das Geständnis im Grabe.

An Gräbern pflegen sich oft verschlossene Mäuler zu öffnen und sorgsam verborgene Tatsachen zu enthüllen. Von dem jüngst verstorbenen Oberreichsanwalt Werner wußte man freilich, wie er es mit seinem der Republik geleisteten Treueid gehalten hatte. Nicht aber wußte man, daß der oberste Rechtswahrer des Reiches längst Garant eines festen politischen Paktes mit ihren Feinden gewesen war. Das haben Reichsminister Dr. Frank und Staatssekretär Freisler bei der Beisetzung Werners offen in Reden bekannt, worüber die DAZ berichtet:

»Der Staatssekretär dankte dem Verbliebenen im Namen des Führers, daß er ihm in den schweren Jahren der Kampfzeit als erster Anwalt des Reiches trotz übelster Anfeindungen unverbrüchliche Treue gehalten habe. Der Oberreichsanwalt habe den Kampf gegen das Untermenschentum in dunkler Zeit zum Segen unseres Volkes und Führers siegreich bestanden. Reichsminister Dr. Frank statete dem edlen deutschen Manne insbesondere den Dank der Partei ab. Als erster Rechtswahrer sei der Oberreichsanwalt ein treuer Mitarbeiter des Führers in Deutschlands schwerster Zeit gewesen.«

Jetzt begreift man, warum für diesen Oberreichsanwalt die bergehoch getürmten Beweise der preußischen Regierung über die nationalsozialistischen Hochverratspläne niemals ausreichten. Jetzt wird ebenso klar, warum Werner den Autor der Boxheimer Dokumente, Herrn Bost, gänzlich ungeschoren ließ. Er richtete sich bereits nach dem natürlichen Kommentar unter PeGes.

Der Oberreichsanwalt hatte es — anders kann man die Worte Franks und Freislers nicht deuten — dem Adolf Hitler geschworen.

Er spielte die Hauptrolle in forensischen Komödien unter der Republik — Vorbereitungen für ihre allergrößte, den Reichstagsbrandprozeß. Mit Fug und Recht falteten die Teilnehmer an dieser Beisetzung bei dem biblischen Leit-

Rückwanderertragödien!

Opfer nationalsozialistischer Auslandspropaganda

mn. Rio de Janeiro, im Oktober.

Die nationalsozialistische Propaganda erfaßt im Ausland in erster Linie solche Menschen, die die Sprache ihrer neuen Heimat nur ganz ungenügend beherrschen, und darum, wenn sie schon einmal Zeitungen lesen, nur deutsche Zeitungen in die Hand bekommen. Das ist aber bei den Verhältnissen in dem größten Teile Südamerikas nur die gleichgeschaltete Presse. Da sich diese Sorte Menschen, zu der vor allem kleine Handwerker und Geschäftsleute, dann Bauern gehören, für politische Dinge nie ernstlich interessiert hat, da sie des kindlichen Glaubens ist, was gedruckt ist, ist auch schon deswegen wahr, glauben sie Wort für Wort allen nationalsozialistischen Propagandalügen. Sie lesen in der hiesigen nationalsozialistischen Presse zum Beispiel, dem Dritten Reiche sei es gelungen, die Arbeitslosigkeit fast restlos zu beseitigen, und sie schenken dem natürlichem Glauben, die Zeitung hat es doch gedruckt. Sie erfahren aus den gleichgeschalteten Zeitungen, es sei der NSDAP gelungen, die Not der deutschen Bauern zu beseitigen — und sie zweifeln keinen Augenblick an der Richtigkeit dieser Meldungen. Sie werden durch die vom Reichspropagandaministerium kontrollierte Presse darüber informiert, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung und die allgemeine Belebung der Wirtschaft hätten die Lage der Handwerker und der kleinen Geschäftsleute bedeutend gebessert, und — sie zweifeln keinen Augenblick daran, daß das stimmt.

Wenn es neben diesen einfältigen und naiven Menschen auch Hunderttausende in Südamerika lebende Deutsche gibt, die den nationalsozialistischen Propagandameldungen mit der notwendigen Skepsis gegenüberstehen, die sich aus der spanisch oder portugiesisch geschriebenen Landespresse über die wirkliche Situation des deutschen Volkes informieren, so ist doch die Zahl derer, die Wort für Wort den nationalsozialistischen Erfindungen und Übertreibungen glauben, sehr groß. Das ist nicht nur politisch tragisch, sondern führt immer wieder zu furchtbaren persönlichen Enttäuschungen und schrecklichem Elend für viele im Auslande lebende deutsche Familien. Das kann man in Brasilien, in Chile, in Uruguay, gelegentlich auch in Argentinien immer wieder feststellen.

Lebte da (wir greifen ein Beispiel unter vielen Dutzenden uns bekannten heraus) im Hinterland von Rio de Janeiro eine deutsche Familie, die während der Inflation der Heimat den Rücken gekehrt hatte, weil die väterliche Gastwirtschaft nicht mehr das

Notwendigste zum Leben einbrachte. Sie las fast drei Jahre lang Tag für Tag in der »Deutschen Rio-Zeitung« von den gelobten Zeiten, die dank Adolf Hitler Deutschland beschieden seien, und daraus entstand bei der Familie, die sich eine kleine, aber ganz einträgliche Landwirtschaft erarbeitet hatte, der Wunsch, nach Deutschland zurückzukehren. »Wenn das Volk wieder genügend verdient, wenn die Wirtschaft aufblüht, muß es sich doch wieder lohnen, in der Heimat eine Gastwirtschaft zu betreiben!« war ihr Gedankengang. Der Mann fuhr nach Rio de Janeiro zum deutschen Generalkonsulat, um die Pässe in Ordnung bringen zu lassen für die Heimkehr nach Deutschland. Mit Hoffnung und Freude im Herzen trug er dem Konsulatsbeamten seine Pläne vor: »Wo jetzt Hitler wieder die Schornsteine zum Rauchen gebracht hat, wo jetzt das ganze Volk wieder Arbeit hat, wäre es ein Bißdämn, wenn ich draußen bliebe!« — Was sollen die Leute beim Konsulat dazu sagen? Sie haben zwar einiges Wissen um die wirklichen Verhältnisse in Deutschland, — sollen sie sich aber »Greuelpropaganda« schuldig machen? Sie schweigen, stimmen zum Schluß sogar (wenn auch nicht sehr laut und nachdrücklich) zu! Der Mann fährt wieder auf sein Besitztum, erzählt der Familie begeistert, die Beamten auf dem Konsulat hätten ihm Recht gegeben, und bietet schleunigst die Landwirtschaft zum Verkauf aus. Da er und die Seinen es sehr eilig haben, da sie die Sehnsucht und der Wunsch treibt, möglichst schnell an dem Konjunkturaufstieg teilzunehmen, verkauft er sein »Sitio« zum Schluß sogar unter dem Preis, den er sich vorgenommen hatte. »Nur schnell nach Deutschland kommen!« ist die Parole.

Und dann kommen sie im gelobten Land an und kaufen sich eine Gastwirtschaft, weil sie drüben auch erstmals den Zeitungen glauben und sich niemand am Beginn traut, ihnen reinen Wein einzuschenken. Und erst dann merken sie, wie alles gelogen war: wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gebessert haben! Wie sich die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung nicht gehoben hat! Wie die deutsche Wirtschaft nicht im Zeichen des Aufstieges, sondern des Niederganges steht!

Energetische Menschen machen den Versuch, das Geschäft unter beträchtlichem Verlust wieder zu verkaufen, um schnell wieder nach Südamerika zurückzukehren und von neuem anzufangen. Die deutschen Behörden bemühen sich aber meist, solche Absichten zu sabotieren, Devisenvorschriften oder die Militärflicht der Söhne oder andere Vor-

schriften dienen hier als Vorwände, denn man weiß aus vielen Erfahrungen, daß diejenigen, die sich auf diese Weise von der Verlogenheit der braunen Propaganda aus eigener Anschauung überzeugen konnten, nach ihrer Rückkehr ins Ausland nicht gerade die begeistertsten Propagandisten des Dritten Reiches sind!

Der von uns geschilderte Fall verlief insofern noch verhältnismäßig günstig, als die Familie zwar in Deutschland all das verlor, was sie in Brasilien in dreizehn Jahren mühselig aufgebaut und erspart hatte, sie behielt aber immerhin noch genug Geld übrig für die Ueberfahrt nach Brasilien, so daß sie — allerdings jetzt blutarm und ohne Hilfsmittel — von neuem mit dem Aufbau einer Existenz in Südamerika beginnen kann. Schlimmer sind die zahlreichen Fälle, wo in Südamerika lebende Deutsche, völlig ungewarnet durch die Konsulate, ihre Stellen im Stich lassen, ihre ganzen Habseligkeiten verkaufen, nur um das Geld für die Ueberfahrt nach Deutschland zusammenzubekommen, wo ja nach den Meldungen der hiesigen gleichgeschalteten Presse in den meisten Berufungen ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften herrscht, auf jeden Fall aber jeder Arbeit finden kann, der nur fleißig arbeiten will...

Diese unglücklichen Opfer der nationalsozialistischen Auslandspropaganda merken schon nach wenigen Tagen, wie sehr sie heringefallen sind, wie sehr sie betrogen wurden. Aber was sollen sie machen? Von der Wohlfahrtsunterstützung und ein paar milden Gaben der Winterhilfe können sie sich auch beim besten Willen nicht das Geld für die Ueberfahrt nach Südamerika zusammensparen. Sie müssen sich Tag für Tag ihre eigene Dummheit und Vertrauensseligkeit, eine Folge ihrer politischen Unaufgeklärtheit, vorwerfen. Sie müssen sich sagen, daß sie sich selbst wirtschaftlich auf das Äergste geschädigt, ja ins Unglück gestürzt haben, weil sie der nationalsozialistischen Propaganda in kindlicher Einfalt vertraut haben! Selbst wenn sie vorher in Südamerika unter den kümmerlichsten Verhältnissen gelebt haben, trauern sie jetzt, den nationalsozialistischen »Aufbau« am eigenen Leibe erlebend, Südamerika als einem verlorenen Paradies nach. Sie fliehen Freunde an, die so klug waren, den nationalsozialistischen Verheißungen nicht zu vertrauen, ihnen doch das Geld für die Ueberfahrt zu schicken. Da solche Briefe oft in die Hände der deutschen Zensur geraten, enden diese Rückwanderertragödien nicht selten im Konzentrationslager oder vor dem Sondergericht!

satz der Ansprache des Standortpfarrers Bemann: »Sei getreu bis in den Tod« ergriffen die Hände. Sie hatten einen wackeren alten Kämpfer begraben, der ihnen nicht mit der Waffe, aber um so wertvoller mit dem Schwurfinger gedient hatte.

Ribbentrop in England

Begrüßung durch die Presse.

Im Novemberheft von »Labour«, der Monatschrift der Labour Party, lesen wir:

»Herr von Ribbentrop, der neue deutsche Botschafter, hat von der Verantwortung seines Amtes sonderbare Vorstellungen. Kaum eine Stunde, nachdem er seinen Fuß auf englischen Boden gesetzt hat, gibt er uns eine Lektion in unserer Innenpolitik, und er ist so freundlich, uns die Gönnerschaft seines teuren Herrn Hitler zu versprechen, wenn wir so tun, wie dieser Größenwahnsinnige es verlangt. Es ist nicht überraschend, daß die Bemerkungen des Botschafters in einem Teil der Presse als — bestenfalls — ungewöhnlich taktlos bezeichnet werden: strengere Kritiker zögern nicht, von einer glatten Unverschämtheit zu sprechen. Herr von Ribbentrop muß versuchen, sich dessen bewußt zu werden, daß er jetzt auf der zivilisierten Seite des Rheins sein Domizil aufgeschlagen hat.«

Ein Berufener

Er beschränkt deutsches Volksvermögen.

In der Westdeutschen Presse liest man diesen Aufruf:

»Deutschland ist nicht so reich, als daß es auch nur geringe Teile seines Volksvermögens leichtfertig beschädigen oder gar zerstören dürfte. Deshalb auch »Kampf dem Verderbe, denn damit sind 1½ Milliarden zu retten. Grohé, Gauleiter.«

Es gibt keinen Berufeneren, »selne« Rheinländer vor Beschädigungen und Zerstörungen von Volksvermögen zu warnen, als diesen Grohé. Auf seinen Befehl hin stürmten im März 1933 in Köln und anderswo bewaffnete braune und schwarze Rollkommandos die Wohnungen politischer Gegner. Sie hausten wie die Wilden, zertrümmerten Wohnungseinrichtungen und Hausrat mit mitgebrachten Aexten und stahlen an Geld und Gut, was sie erwischen konnten. Im Kölner proletarierviertel wurde eine Straße so furchterlich heimgesucht, daß die Verantwortlichen mit Herrn Grohé an der Spitze alles taten, um zu verhindern, daß Photographien dieser unbeschreiblichen Zerstörungsszenen ins Ausland gelangten. Ein dickes Aktenbündel bei der Kölner Regierung hat lange von diesen martialischen Taten im Zeichen des Sieges der nationalsozialistischen »Revolution« gezeugt, bis es auf Grohés Verlangen von dem früheren Kölner Regierungspräsidenten und ersten Gestapochof Diehl vernichtet wurde.

»Wer auch nur geringe Teile...« Grohé hat inzwischen größere Teile für sich privat erworben. Er residiert in einer Villa am Kölner Stadtwald und besitzt die schönsten Autos seines Gaus.

Im Zuge der Gleichschaltung

Hakenkreuzwimpel und schärfster Maßstab — in Oesterreich

»Manchen deutschen Kraftfahrern, die nach Oesterreich einreisen, scheint es offensichtlich noch nicht bekannt zu sein, daß nach den Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Bundesstaat Oesterreich, mit welchem die früheren Reisebeschränkungen zwischen beiden Ländern aufgehoben und die politischen Verhältnisse geklärt wurden, selbstverständlich auch die

Führung der Hoheitszeichen der beiden Staaten an Kraftfahrzeugen wieder gestattet ist.

Ich erwarte daher, daß, wie im Inlande, jeder deutsche Kraftfahrer mit Stolz auch außerhalb der Landesgrenzen den Hakenkreuzwimpel und — wenn er dem Korps angehört — den NSKK-Wimpel an seinem Kraftfahrzeug führt.

Lauteiten in der Erfüllung dieser selbstverständlichen Pflicht dulde ich nicht. Bei der Verfolgung von Verstößen werde ich den schärfsten Maßstab anlegen.

(gez.) Hühnlein, Korpsführer.
(Deutsche Pressemeldung.)

Sie haben es so gewollt

Im »Westene«, Berlin, Nr. 308, lesen wir:

»Wenn bei 24 Geschäftsschließungen 10 Lebensmittelgeschäfte und 7 Fleischereien betroffen wurden, so darf nicht der Schluß daraus gezogen werden, daß Einzelhandel und Handwerk die Schuld an gewissen Verteuerungen tragen. Nach gewissenhaften Erhebungen der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel beträgt der Reingewinn von fast 75 Prozent aller Lebensmittelhändler rund 80, Mark im Monat. Die geringen Verdienstsparnen — und in manchen Artikeln ist von einem Verdienst schon nicht mehr zu sprechen — stempeln den durchschnittlichen Lebensmittelhändler zu einem der niedrigsten Einkommensbezieher in Deutschland.«

Vor der Machtergreifung marschierten gerade die Kleinhändler in Scharen hinter der Hakenkreuzfahne, bei den Reichstagsbrandwahlen fielen ihre Stimmen durchaus für Hitler ins Gewicht, denn die NSDAP versprach ihnen tatkräftige Unterstützung. Und ein Teil von ihnen bezieht auch bereits Unterstützung — von der Fürsorge.

Deutsche Streiflichter Brief eines Lehrers

Obwohl ich schon die »Kriegswirtschaft« als Lehrer miterlebt habe, muß ich Dir sagen, daß die jetzige wirtschaftliche Mobilisierung das Damalige weit übersteigt und nur mit Mühe kann ich mich dem Drängen entziehen, auch als Stoßtruppredner und Sparsamkeitsprediger auf unsere Arbeiterfrauen losgelassen zu werden, aber natürlich mußte ich an »Schulungskurse« teilnehmen und mein Broschüren- und Flugblättermaterial übertrifft schon dasjenige aus der Kriegszeit. Manches davon ist ganz verrückt, so wenn wir jetzt im November allen Ernstes Fliegenschranke, Butterkühl-dosen und Eisschränke empfehlen sollen, abgesehen davon, daß jeder Arbeiterhaushalt nur das gerade Nötigste für jede Mahlzeit kaufen kann; auch die Empfehlung von »Speisekammern« macht sich für unsere Zweizimmerwohnungen sehr hübsch und auch der schöne Rat, angeschnittene Wurst mit Schmalz zu beschmieren, damit die Schnittfläche schön bleibt und ähnliche Sorgen arbeiterfremder Nazidamen. Ferner schickt man mir eine Broschüre, aus welcher ich den Kindern zur Weiterleitung an die Eltern die Verwendung von »Wildobst« (Himbeeren, Erdbeeren, Heidelbeeren, Brombeeren usw.) und Pilze anraten und selbst Wanderungen zu diesem Zweck veranstalten soll, und zwar bekomme ich dieses Heft jetzt im November, aber auch im Sommer könnte ich es nicht machen, denn das Fahrgeld bis zum nächsten Wald kostet mehr, als wir an »Wildobst« heimbringen können und auf dem Märkte sind gerade Beeren und Pilze sündhaft teuer. Nett ist auch, daß ich die Kinder zur Einrichtung von »Zuckersparkassen« anhalten soll, indem sie Stückchen Zucker für die nächstjährige Einnahmezeit aufsparen sollen. Gequetschte Kartoffeln und rohes Sauerkraut als Brotbelag beobachte ich in meiner Klasse schon längere Zeit wieder, wie in der schlimmsten Erwerbslosigkeit, aber nun kann ich den kleinen Bißgesichtern »wissenschaftliche« klar machen, daß es nichts Gesünderes gibt als rohes Sauerkraut, erstens wegen der Vitamine und zweitens wegen der Milchsäure darin und drittens wegen der Darmreinigung von den überschüssigen Verdauungsresten. Ueberhaupt scheint man den Sauerkohl als einen neuen Nationalheiligen proklamieren zu wollen, eine so große Rolle spielt er in den »deutschen Kochbüchern« und Rednerdispositionen, welche man rundschlekt. Daß entrahmte Milch besser und zuträglicher ist als Vollmilch, wirst Du auch nicht gewußt haben, aber ich kann es Dir »streng wissenschaftliche« beweisen. Hinsichtlich des Brotes scheinen wir noch nicht ganz bei Sägemehl gelandet zu sein, aber ich habe den Kindern zu erzählen, daß die Kleie für ihre Mägen da ist und nicht für die jungen Schweine, wobei ich allerdings nicht weiß, wie die fett gemacht werden sollen; jedenfalls entwickle ich jetzt in der Naturkunde, daß der Genuß von Weizenbrot ein welches Laster ist und wir zu Korn- und Kleiebrot zurückkehren müssen. Daß jetzt auch alte Säcke reichhaltig bewirtschaftet werden, wirst Du gelesen haben, aber ich setze Dir hier eine Liste der kostbaren Gegenstände hin, die von unseren Kindern gesammelt werden sollen, und die ich auf höhere Anordnung in jedem Klassenzimmer anbringen lassen mußte: »Papier (auch Schnitzel), Alteisen, Blech, Knochen, Felle, Hüte, Lederschuhe, Draht (auch kleine Stückchen), Abfallholz, Zinn, Zink, Messing, Kupfer, Geldstücke (z. B. aus der Inflationszeit), Flaschen, Gläserchen, Hufe, Klauen, Gummiabfälle, Stoff- u. Wollreste aller Art, Briefmarken, Schweinshaare und Schweinsborsten (besonders wichtig, weil wir sie sonst von dem bolschewistischen Rußland kaufen müssen).« Ich könnte Dir auch noch von Aufsatzthemen berichten, will es aber unterlassen, da der Brief in unrechte Hände kommen und man dann vielleicht den Schreiber ermitteln könnte. Jedenfalls es ist nicht nur trostlos, sondern verrückt . . .

Hüh und Hott!

Ein Beispiel für das Gegen- und Durcheinander in hohen Wirtschaftsstellen, wenn auch in diesem Falle nur auf einem nebensächlichen Gebiete, erfahren wir von beteiligter Seite:

Am 22. Oktober erließ der Werberrat der deutschen Wirtschaft an die Einzelhändler Richtlinien, die aufforderten, bei der Weihnachtswerbung sich »Zurückhaltung bei der Verwendung sakraler oder völkischer Symbole« aufzuerlegen. Unter den Symbolen, deren Verwendung bei der Warenwerbung angeblich dem gesunden Volksempfinden widerspricht, wurden aufgeführt: Christkind, Engel, Krippe, Knecht Ruprecht, Weihnachtsstern, Weihnachtsbaum, Adventskranz usw.

Neben der sadistischen Strafjustiz des Dritten Reiches wird ihre Schwester, die Zivil-Justiz, oft übersehen. Zu Unrecht! Sie trägt die gleichen Züge schadenfroher Tücke wie jene, und wenn sie auch nicht an Grausamkeit mit der andern wetzeln kann, — in der Lust an rechtloser Willkür tut sie es ihr gleich!

Für einen Menschen, der Gegner des Systems oder Jude ist, gibt es im Dritten Reich genau so wenig wie persönliche Freiheit und Sicherheit des Leibes, zivilen Rechtsschutz irgend welcher Art! Zivilklagen werden nicht entschieden nach objektiven Rechtsgrundsätzen, sondern nach Rasse und Gesinnung der Parteien.

Soeben hat das Amtsgericht Leipzig hierzu einen hochcharakteristischen Beitrag geliefert. Es hat die testamentarische Erbsetzung eines Nichtariers durch einen Deutschen unter Ausschaltung der gesetzlichen Erben für null und nichtig erklärt: es widerspreche — so erklärt das Gericht — den guten Sitten — wenn ariisches Volkvermögen unter Ausschluß der gesetzlichen Erben durch Einsetzung eines Nichtariers als Erben in jüdische Hände übergeleitet wird. Das Reichsjustizministerium heißt diese Entscheidung öffentlich gut und stellt sie als vorbildlich hin. Ueber das Bedenken, daß die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit den Juden in Deutschland garantiert sei, setzt sich der Ministerialreferent Dr. Friedrich hinweg mit dem rabulistischen Argument: es handle sich hier nicht um eine »wirtschaftliche« sondern um eine »familienrechtliche« Angelegenheit. (Obwohl zwischen Erblasser und Testamentserben kein verwandtschaftliches Verhältnis besteht!)

Das Urteil, das bei dieser Befürwortung durch das Justizministerium von der höheren Instanz zweifellos bestätigt werden wird (weil »unabhängige« deutsche Richter wagt wohl, gegen das Votum des Ministeriums zu entscheiden!), ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung: es schließt die jüdische Bevölkerung von einem wichtigen Institut des Erbrechts grundsätzlich aus. Das heißt ohne Erörtern die gleichen Leute gut, die nicht im Traume daran denken, die reichen jüdischen Legate aus früherer Zeit, auf denen wichtige Institute der Frankfurter, der Heidelberger Universität, zahlreiche öffentliche Kunstsammlungen usw. beruhen, an die Stifter oder deren Erben zurückzuzahlen.

Man glaube nicht, daß dieses Urteil vereinzelt dastehe! Wir notieren folgende zivilrechtliche Entscheidungen der letzten Zeit: Irrtum über die Rasse des Geschäftsgenegers, berechtigt den arischen Partner,

Am 29. Oktober aber hatte sich das gesunde Volksempfinden schon wieder gewandelt. Es kamen neue Richtlinien heraus, die den Weihnachtbaum mit brennenden Kerzen ausdrücklich für die Schaufenster erlaubten und auch den Boykott der übrigen Weihnachtssymbole einschließlich des jüdischen Davidsterns und der Engel über den jüdischen Hirten bei Bethlehem wieder aufhoben.

»Doch nicht ganz eine Kleinigkeit!«, schreibt unser Gewährsmann, »denn der Vorfall zeigt, daß die obersten Nazibonzen unserer »Wirtschaftsgruppe Einzelhandel« prompt kapitulieren mußten, als sich das wahre gesunde Volksempfinden gegen ihren Unfug äußerte. Die Stunde wird kommen, die auch auf den Hauptgebieten der Wirtschaft und der Politik das wirkliche Volksempfinden wieder zum Durchbruch bringt.«

Studenten in Not

Das Reichsstudentenwerk hat vor einiger Zeit ermittelt, daß das Existenzminimum für einen Studenten 80 Mark im Monat beträgt. Eine allgemeine Erhebung über den Monatswechsel der Studenten liegt nicht vor, wohl aber eine Rundfrage des Studentenwerks an der Universität Erlangen. Von 1382 Studenten haben sich 828 an der Umfrage beteiligt. Nach Abzug der Kolleggelder ergibt sich ein reiner Monatswechsel: Unter RM 50 bei 18 Prozent, RM 50 bis RM 70 bei 26 Prozent, RM 70 bis 90 bei 25 Prozent, RM 90 bis 130 bei 25 Prozent; der kleine Rest hatte höhere Monatswechsel. Rund 53 v. H. der Monatswechsel lagen unter dem Existenzminimum. Von denjenigen, die bei ihren Eltern wohnten, hatten 62 Prozent einen Wechsel von unter 50 RM.

Es spricht nichts gegen die Annahme, daß diese Erlanger Statistik sich im wesentlichen auf den Reichsdurchschnitt übertragen läßt, in den Großstädten wahrscheinlich aber noch ungünstiger ist. Etwa die Hälfte der deut-

Die Zivil-Willkür

wenn der andere Teil Jude ist, zur Anfechtung des Vertrages. Aber auch der deutsche Vertragsteil kann, wenn er den Vertrag nicht löst, schweren Schaden erleiden: das Arbeitsgericht Berlin hat die Klage eines städtischen Angestellten auf Wiedereinstellung abgewiesen, dem seine Stellung gekündigt worden war, weil er bei einer jüdischen Familie in Untermiete wohnte. Die öffentlichen Angestellten, so erklärte das Gericht, hätten ihr Verhalten nach den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates einzurichten und daher auch etwa bestehende Bindungen zu jüdischen Personen zu lösen. Das Reichsarbeitsgericht hat wiederum die fristlose Entlassung eines halbarischen Angestellten für zulässig erklärt, zwar nicht an sich, aber wohl »wenn sie in Verbindung mit anderen Umständen gerechtfertigt sei, wenn z. B. die Weiterbeschäftigung des Angestellten sich zum Schaden des Betriebes auswirke.«

Mindestens ebenso niederträchtig wie die Rasseurteile sind die Gesinnungsurteile der Ziviljustiz. Auch von ihnen kommt ein gut Teil auf die Arbeitsgerichte, die heute fast ausnahmslos mit organisierten Nazis besetzt sind. Das Arbeitsgericht Köln hat z. B. dieser Tage die fristlose Entlassung eines »Gefolgschaftsmitglieds« für berechtigt erklärt, das sich nicht an der Eintopfspende beteiligt hatte. (Daß der Name freiwillige Sammlung!) Das Urteil wendet sich in der üblich verlogenen Weise: Wenn auch keine Rechtspflicht zur Beteiligung an dieser Spende bestehe, so stelle doch die Weigerung zu spenden ein »höchst mißbilligenswertes, volksgemeinschaftsfeindliches Verhalten« dar, das zur fristlosen Entlassung des Betroffenen berechtige. Also: Du mußt zwar nicht geben, aber Du mußt doch . . .

Das Arbeitsgericht Mainz hat die fristlose Entlassung von zwölf Arbeitern, die am Streik bei Opel-Rüsselsheim beteiligt waren, für berechtigt erklärt: das Streiken sei »ein typisches Kennzeichen marxistischen Klassenkampfes und kommunistischer Volkerverhetzung« (historisch steht fest, daß englische und deutsche Proletarier lange, bevor es einen Marxismus gab, gegen die kapitalistische Ausbeutung die Waffe des Streiks angewandt!) Jedem Arbeiter stehe im Staate Adolf Hitlers frei, durch die Vertrauensmänner, die Arbeitsfront, den Treuhänder der Arbeit Mängel abstellen zu lassen und das Betriebsverhältnis befriedigend zu regeln. (Wer lacht da?)

Besonders schneidig geht die Justiz jetzt wieder gegen »kontraktbrüchiges« Landarbeiter vor. Es ist wieder genau wie in den alten, junkerlichen Zeiten, wo auf Kon-

traktbruch des »Gesindes« bekanntlich Freiheitsstrafe stand. Jetzt tritt statt der Polizei das »Ehrengericht« in Aktion. So erhielt in Schlesien ein Ackerkutscher vom »Sozialen Ehrengericht« eine Geldstrafe von 20 M. aufgebrummt, weil er seine Arbeitsstelle grundlos verlassen habe und trotz Aufforderung des Treuhänders nicht zurückgekehrt sei! In Goslar ist angeordnet worden, bei Kontraktbruch von Landarbeitern das Arbeitsbuch des Kontraktbrüchigen einzubehalten und unter Mitteilung des Sachverhaltes an das Arbeitsamt Goslar einzusenden! Solche Maßnahmen sind natürlich bequemer, als die Ursachen des Kontraktbruchs, die jämmerliche Entlohnung und Unterbringung der Landarbeiter abzustellen!

Ein besonderes Kapitel ist das Familienrecht. Daß sogenannte Mischehen zwischen Deutschen und Juden aus jedem nur erdenklichen Grunde geschieden werden, ist allbekannt. Neu ist dagegen, daß auch eine reinarische Ehe geschieden wird, wenn die Frau eine fanatische Hitlerke, der Mann ein Gegner ihres Gefühls ist. Eine solche Entscheidung hat das Landgericht Halberstadt unter dem 3. Juli 1936 gefällt. Es hat die Klage der Frau auf Ehescheidung für berechtigt erklärt: Der Mann sei ein »typischer Nörgler« und habe seiner Frau »durch fortgesetzte Sticheleien wegen ihrer Zugehörigkeit zur NS-Frauensschaft das Leben unerträglich gemacht. Sein Verhalten stelle einen empfindlichen Verstoß dar« nicht nur gegen die ihm als Volksgenossen auferlegten Pflichten, sondern auch gegen die ihm als Ehemann obliegende Gemeinschaftspflicht. Natürlich muß der Mann als schuldiger Teil der Geschiedenen nun den Lebensunterhalt zahlen!

Nörgeln ist überhaupt eine gefährliche Sache. Uns liegen zwei Entscheidungen vor: In der einen wird einem Kohlenhändler von seiner zuständigen Kartellorganisation die notwendige Zuverlässigkeit für den Kohlenhandel abgesprochen — weil er zuvor eine Gefängnisstrafe wegen »heimtückischer Angriffe auf Staat und Partei« erhalten und verbüßt hat. Das Kartellgericht fügt dieser Strafe die Löschung des Händlers aus dem Kohlenhandelsregister — den wirtschaftlichen Ruin — hinzu. Im andern Fall wird ein Landwirt der Entschuldung für unwürdig erklärt, weil er aus der NSDAP ausgetreten ist und Handel mit Juden getrieben hat!

Auf allen Rechtsgebieten ist im Dritten Reich der Rechtgedanke vom Parteifanatizismus niedergetreten und erstickt. Dr. X.

schon Studenten schlagen sich also kümmerlich durch.

Die Statistik ist auch lehrreich, wenn man sie zu den Arbeiterlöhnen in Beziehung setzt. Der Durchschnittslohn ist — nach den Behauptungen auf dem Nürnberger Parteitag — RM 27.50 brutto, was bestenfalls 23 RM netto bedeutet. Wenn für einen einzelnen Studenten etwa 20 Mark wöchentlich das Existenzminimum sind, läßt sich leicht ausdenken, wie es einer Arbeiterfamilie mit 23 RM monatlich geht, ganz abgesehen davon, daß Millionen Arbeiterfamilien diesen Durchschnittslohn nicht erreichen.

Symbolisch

Das 1. Bataillon des Infanterie-Lehrregiments, das bisher im alten Döberitzer Lager garnisonierte, hat als neuen Standort das olympische Dorf bezogen. Der Marsch von Döberitz nach Olympia ist symbolisch. Anderwärts und einst auch in Deutschland, trieb man den Sport nur um der Freude an Kraft und Schönheit willen. Im Dritten Reich ist er, wie alles, eine militärische Schulung, und das kommt in der Besetzung von Olympia durch Truppen statt durch sportliche Jugend recht gut zum Ausdruck.

Hannes Wink.

Die Schnüffle'i

Aus dem Rheinland wird uns berichtet: Besondere Unruhe und Befürchtungen haben die neuen Fragebogen, die von den Blockwätern im Auftrage der Behörden ausgeteilt und wieder eingeholt werden, ausgelöst. Diese Fragebogen enthalten eine Unmenge von Fragen. Unter anderem wird nach der ehemaligen militärischen Verwendung nach erhaltenen Orden und Ehrenzeichen, nach der nationalen Zuverlässigkeit gefragt. Gefragt wird nach dem Arbeitsverhältnis, ob Invalidenrentner oder Pensionär. Schließlich will man wissen, ob es im

Hause die Hakenkreuzfahne gibt, welche Zeitung man liest, ob man Mitglied in der NSDAP oder Mitglied einer anderen Nazi-Organisation ist, ob man dem Luftschutz angehört und anderes. Man vergißt aber auch nicht Fragen nach der ehemaligen Zugehörigkeit zu einer Partei, einer Gewerkschaft, einem Sportverein usw. Schließlich fragt man nach dem Radiogerät und nach der Type desselben. Viele andere Fragen sind zu beantworten und die Leute haben den Eindruck, als ob man sich bis ins einzelne über die Gesinnung der Angehörigen des deutschen Volkes unterrichten will. Die meisten Menschen werden durch diese Fragebogen erneut sehr eingeschüchtert. Allerdings stößt die Fragererei auch auf einen gewissen Widerstand. Viele Fragebogen werden nicht ausgefüllt und noch mehr werden mangelhaft ausgefüllt abgeliefert. Da muß der Blockwalter oft nachhelfen. Er wird auch oft recht unwirsch empfangen und er bekommt manches zu hören, so daß sich eigentlich die Nazibonzen über die wahre Stimmung im Volke nicht im Unklaren sein dürften. Alle Fragebogen sind übrigens mit einer laufenden Nummer versehen und es wird sorgfältig darauf geachtet, daß keiner verloren geht.

Kurzberichte

Von Ende August zu Ende September ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland um Zehntausend zurückgegangen. Für die gleiche Zeit melden jedoch die Arbeitsämter nicht eine entsprechende Zunahme der Arbeitslosenziffern, sondern eine Abnahme um 63.000!

Die Rohölgewinnung Deutschlands ist seit Juli dieses Jahres im Rückgang begriffen. Von 39.000 Tonnen im Juli ist sie auf 36.800 Tonnen im August und auf 36.500 Tonnen im September gesunken.

Die Opfer der Wehrfreiheit

Die Arbeiter

Der Führer hat in Bückeberg als seine ureigenste Entdeckung die nationalökonomische Weisheit verkündet, daß »nicht der Lohn oder die Lohnhöhe das Entscheidende ist, sondern die Produktion«. Sie bestimmen den »Anteil, der auf den einzelnen Kontrahenten am Wirtschaftsprozeß trifft«. Aber die Produktion ist ja nach amtlicher Angabe bereits über die Höhe des letzten Konjunkturaufschwunges der Republik hinausgestiegen. Wenn also das Gesamteinkommen von der Höhe der Gesamtproduktion, die nationale Dividende von der Ergiebigkeit der nationalen Produktivkraft abhängig ist, weshalb ist es dann der eiserne Grundsatz des Nationalsozialismus, daß gerade diejenigen, die den lebenden Teil der nationalen Produktivkraft darstellen, bei der Verteilung der Dividende leer ausgehen müssen?

Warum das so sein muß und nicht anders sein kann, erfahren wir aus der »Frankfurter Zeitung«. In einem Artikel »Deutschlands Dividende« (25. 10. 36) wird zwar zugegeben, daß »eine allgemeine Erhöhung des Tariflohnes für die einzelne Arbeitsstunde« namentlich nach der eingetretenen Preissteigerung als ein wichtiges Ziel allgemein anerkannt ist. Gleichzeitig seien aber »an das wachsende Nationalprodukt neue vordringliche Ansprüche, teils dauernder teils vorübergehender Art gestellt worden, die es unmöglich machen, jetzt schon die wachsende Ergiebigkeit unserer Produktivkräfte durch Erhöhung des tariflichen Stundenlohnes für eine Realeinkommensverbesserung des einzelnen Arbeiters nutzbar zu machen«. Für die Lohnfrage sei »aufs Ganze gesehen, zweierlei entscheidend«. Das erste ist, daß »der Nährstand aufgebaut wurde; der Ertrag der landwirtschaftlichen Arbeit sollte gehoben werden, um auf diese Weise dem Verfall des deutschen Bauertums Einhalt zu gebieten; und das konnte nun dadurch geschehen, daß dem Bauern für seine Leistung aus dem Gesamtprodukt ein höheres Äquivalent geboten wurde.«

Die Leistung des Bauertums ist also nicht den Arbeitern zugute gekommen, sondern auf ihre Kosten erfolgt.

Sehr viel einschneidender — darin hat die »Frankfurter Zeitung« recht — ist »die zweite Hauptveränderung im Verteilungsschlüssel«. »Der Staat, der durch seine verstärkte Auftragsvergebung die Produktionssteigerung auf allen Gebieten ausgelöst hatte, beanspruchte von dem wachsenden Nationalprodukt einen wachsenden Anteil für seine Zwecke, unter welchen Aufwendungen für die Wiederwehrhaftmachung eine besondere Bedeutung zukommt.«

Die Arbeiter bezahlen also außer den Kosten der Erzeugungsschlacht auch die der Wehrfreiheit.

Sie müssen dafür nicht nur auf Lohn verzichten, sondern auch noch Steuern zahlen. Sie sind es, auf die nicht nur mit den Lohn- und Verbrauchssteuern der Hauptanteil an der Steuerlast überhaupt entfällt, sondern die letzten Endes auch die Besitzsteuern aufbringen müssen. Das spricht die »Frankfurter Zeitung« mit dankenswerter Deutlichkeit aus. »Eine Senkung von Steuern, die den breiten Massen zugute kommt, wäre«, meint die »Frankfurter Zeitung« »an und für sich zunächst das zweckmäßigste Mittel, um den Lohnwünschen des deutschen Arbeiters Rechnung zu tragen«, wenn schon die Löhne selbst nicht erhöht werden sollen. Aber die Ansprüche, »die vom Staat an das wachsende Nationalprodukt gestellt werden mußten«, lassen ebensowenig eine Senkung der Steuern zu wie die Erhöhung der Löhne. Im Gegenteil:

»Die Regierung hat sich im August sogar erstmals zu einer Steuererhöhung entschließen müssen. Zwar handelt es sich bei dieser Erhöhung der Körperschaftsteuer nicht um eine Steuer, die den Verbraucher unmittelbar belastet. Aber natürlich müssen auch Steuern, die die Unternehmungen treffen, auf den Arbeiter zurückwirken. Und nicht nur Steuern, sondern auch andere öffentliche oder private Lasten haben diese Wirkung. Hätten die Unternehmungen eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit, so wären sie in der Lage, höhere Löhne zu bezahlen.«

Aber weil ihnen diese größere finanzielle Bewegungsfreiheit dadurch genommen ist, daß der Staat um der Finanzierung der Wehrfreiheit willen den Kapitalmarkt für sich monopolisiert hat, müssen sie den vom Staat entzogenen Kredit durch Eigenkapital ersetzen und dieses sich durch verschärfte Ausbeutung verschaffen. Und da der Vierjahresplan den Finanzbedarf ins

Gigantische wird ansteigen lassen, werden »auch die Aufwendungen, die nach dem neuen Vierjahresplan vorgenommen werden, die Verteilung berühren«. Die Kosten dieser Produktion »lasten also zunächst ebenfalls auf dem Nationalprodukt. Niemand kann sie uns vorstrecken, und da dasselbe Produkt nur einmal und nicht doppelt oder dreifach verteilt werden kann, so ist es eben notwendig, sich auf anderen Gebieten Beschränkung aufzuerlegen«. Dieses Gebiet wird eben die Bezahlung der Arbeitskraft und der Massenverbrauch sein. So ist zwar nach Hitlers Rede auf dem Bückeberg »die produktive Arbeitsleistung die einzige Grundlage unserer aller Existenz«, aber eben darum sind ihre Besitzer dazu ausersehen, für die Aufrüstung geopfert zu werden.

Die Kleinhändler

Aber nicht die Arbeiter allein! Die »Stabilhaltung der Löhne« wirkt auf den Einzelhandel zurück, der unter Lohndruck mehr zu leiden hat, als er von ihm profitiert. Er muß zur Verringerung der Umsätze auch noch die von Schacht diktierte Verringerung der Gewinnspanne auf sich nehmen. Dadurch ist, wie »Der deutsche Volkswirt« (16. 10. 36) bekennt, »seine ganze Lage in letzter Zeit . . . in entscheidender Weise beeinflusst worden«, und zwar nicht gerade zu seinen Gunsten. Der Einzelhandel beklagt sich darüber, daß die Kürzung der Preisspanne »zu ausschließlich auf ihn allein weitergewälzt worden sei«, während »seine Unkosten überwiegend eine ansteigende Tendenz aufzuweisen haben. Vorübergehend auftretende Verknappungserscheinungen in wichtigen Lebensmitteln führen »nicht zuletzt infolge der Tatsache, daß der Großhandel die begehrten Waren oft nur dann abgibt, wenn andere weniger beliebte Erzeugnisse gleichzeitig abgenommen werden, zu einer verteuerten Lagerhaltung.« Außerdem ist es »durch die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Kaufkraft der Verbraucher bedingt, daß sie »von den Waren, bei denen die Preisstabilität nicht erreicht wurde, ganz von selbst zu den Massenverbrauchsgütern abwandern«, dem Einzelhändler wird aber »die Möglichkeit des Ausgleichs eingeschränkt« dadurch, daß »gerade für die elementaren Bedürfnisse nicht unmittelbar not-

wendigen und schon deshalb gewinnbringenderen Waren häufig kontingentiert werden müssen.«

Das Zusammenwirken aller dieser Umstände hat die Lage des Einzelhandels, gesteuert Schachts Organ, fühlbar verschlechtert. Wie fühlbar, wird wie folgt geschildert:

»In vielen Fällen können die Unkosten des Geschäfts nicht mehr voll aus dem Bruttoerlös gedeckt werden. Mitunter muß das Betriebsvermögen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsganges angegriffen werden.«

Auf Grund zuverlässigen Materials der zuständigen Organisationen könne »geschätzt werden, daß der jährliche Nettoertrag vieler Lebensmittelgeschäfte die Summe von RM. 1000 bis 1200 kaum übersteigen dürfte. Das ist weniger als das durchschnittliche Einkommen eines Fabrikarbeiters.« Die Lage des Einzelhandels ist also geradezu verzweifelt, und man muß sich fragen, wie es kommt, daß »dennoch eine Abwanderung von Personen aus dem Einzelhandelsstand noch nicht festzustellen ist«. Weil »die meisten Händler für den Berufswechsel zu alt sind; vielfach ist auch die Verschuldung der Betriebsinhaber an ihre Lieferanten in vielen Fällen so groß, daß die Liquidation des Geschäfts gerade von den Gläubigern immer wieder verschoben wird.«

Aber warum macht der katastrophale Niedergang des Einzelhandels dem Organ Schachts soviel Sorge? Nicht um des Einzelhandels selbst willen, sondern weil »die Existenz dieser wichtigen und großen Gruppe ja nicht nur eine wirtschaftliche Frage ist, sondern ihre besondere Bedeutung auch vom sozialen und allgemeinpolitischen Standpunkt besitzt. In der Tat gab es keine Schicht, der vom Führer soviel versprochen und so wenig gehalten worden ist. Wenn ihr erst die Erkenntnis dämmert, daß sie ihre Rettung nicht vom Führer zu erwarten hat, sondern nur von der Erkenntnis der Interessengemeinschaft mit der gleichfalls vom Dritten Reich nur zum Opfern bestimmten Arbeiterschaft, dann wird »die Stillhaltung der Löhne« oder besser ausgedrückt: die Aushungerung der Massen zugunsten der Aufrüstung weniger widerstandslos durchzuführen sein. G. A. F.

Rache an einem peinlichen Vorläufer!

In Gestapo-Haft endete der »Betriebsanwalt« Gustav Winter.

Im Gerichtsgefängnis zu Naumburg hat ein Mann jenen ominösen angeblichen Selbstmord begangen, der sich in braunen Haftzellen immer wieder ereignet. Dieser Mann hat ganz ohne Zweifel für das Dritte Reich eine ähnliche Rolle gespielt, wie die Johannes der Täufer in der Welt der Bibel zukommt: Er war der direkte Vorläufer des Herrn und Messias! Gustav Winter hieß der Mann, der sich selbst auf den Plakaten, deren Größe und deren schreiender und steinerweichender Inhalt seiner Zeit in der geduldigen deutschen Republik jede Konkurrenz mit den gleichartigen Leistungen der Hitler-Göbbels bestehen konnte, »Betriebsanwalt« nannte und im Volk galt er eben als der »Tausendmarkschein-Winter«. Seine unbestreitbaren Verdienste um die deutsche Volksverdummung, insbesondere sein Geschäftstrick, mit dem er sich wahrhafte Divisionen von Gläubigen der »Aufwertung der Rotgestempelten in Gold« tributpflichtig gemacht hatte, seine Reichspräsidentenwahlkandidatur neben seinem Rivalen Hitler, die ihm immerhin hunderttausend Stimmen einbrachte, seine fiktiven und wirklichen Prozesse gegen die Reichsbank und den »Aufwertungsschacht« sind — in der all dem zukommenden Parallelität zur gleichzeitig entstandenen Hitlerrei — hier an dieser Stelle bereits gebührend psychopolitisch gewürdigt worden, als vor etwa Jahresfrist die Geheime Staatspolizei auch die über das ganze Reich organisierte Winter-Gemeinde wegen »Staatsgefährlichkeit« aufgelöst und ihr Vereinsvermögen in Gestalt eines vom »Heiligen« selbst bewohnten und bewirtschafteten Rittergutes an der Saale »beschlagnahmt« hatte.

Jetzt interessiert der Fall Winter aufs Neue, weil sein Tod in jener Form aus dem Reich dieser Tage gemeldet wurde, die fast schon ein wenig unaufregend-schematisch wirkt. Ganz unbestreitbar mag es sein, daß Winter in der Tat versucht hat, seinen einträglichen Vereinaladen der hoffnungsvollen Inflationsoffer trotz Hitlerrei weiter offen zu

halten. Aber seine Kongenialität mit der Hitlerrei hat ihm das Leben gekostet! Die Gestapo weiß, daß dem »Führer« sein eigener Schatten unerträglich sein muß.

Winter hatte längst vor Adolf Hitler einen kompletten autarken »Vierjahresplan« seinen gutgläubigen Deutschen zugebracht! Auch Winter hatte mit dem Scharfsinn des geborenen Volksbeglückers erkannt, daß das deutsche Volk sich unbedingt »selbst ernähren« müsse. Wer ihn auf seinem Rittergut an der schönen Saale besuchte, der durfte vor allem die kreuz und quer über das Land gezogenen Kupferdrähte bewundern, mit denen Winter dem Erdmagnetismus beikommen wollte, der wieder dazu ausersehen war, dem Vaterland endlich den wirtschaftlichen Massenbau der Soja-Bohne zu gestatten. Soja-Bohne —? Das haben wir ja grade jetzt wieder in den Ernährungsdebatten des Hitlerstaates oft genug gehört!

Der Gustav Winter aber »hat Selbstmord begangen«, und der Hitlersche Vierjahresplan lebt. H. E.

„Es ist schöner geworden in Deutschland“

I.
»Das elektrische Licht ist abgestellt, ganz und gar, an der Decke läßt das kleine Loch mit den Drähten, an die keine Lampe angeschlossen ist, und der Zähler ist versiegelt. »Wo zu,« sagt die alte Frau und faltet behaglich die Hände. »Wir brauchen es nicht. 80 Pfennig kostet das im Monat, ohne daß man überhaupt Licht brennt; im Sommer brennen wir überhaupt kein Licht und das bißchen Winter — nein, die 80 Pfennig kann man gut sparen.« Ueber dem Herd hängt, blank geputzt, aus Messing, die kleine Petroleumlampe. Der Mann sitzt mit seiner Zeitung am Fenster und liest im letzten Schein des Winternachmittags, dann werden sie bald zu Bett gehen . . .« (Frankfurter Zeitung.)

II.
»Die Zuversicht Görings strahlte vom Berliner Sportpalast über Deutschland aus. Es ist die Zuversicht jemandes, der weiß, daß der Nationalsozialismus sein Wort hält,

und der sich über den Umfang seines Versprechens klar ist wie irgend einer. Das Versprechen, das dem deutschen Volke gegeben wird, lautet: Wir stehen heute auf dem tiefsten Punkt unserer Versorgung. Von hier an geht es aufwärts, Schritt für Schritt . . . (Deutscher Volkswirt.)

III.

»Solange das Schild »Ausverkauft« nicht nur Theater-, Konzert- und Kinobesucher mit beinahe magischer Gewalt anlockt, sondern auch die Kauflust für Lebensmittel und Waren bei manchen Leuten bis zu überwirklichen Dimensionen aufzustacheln geeignet ist, so lange wird man sich von Hinweisen auf günstige Einkaufsgelegenheit eine wohlthätigere Wirkung versprechen dürfen als von der Warnung vor übermäßigem Ankauf knapp gewordener Waren . . .« (Frankfurter Zeitung.)

IV.

»Tatsächlich gehört zu einem Walfischessen nicht mehr, als sich über starke, aber unbegründete Vorurteile hinwegzusetzen . . . Kürzlich hatte der Reichsnährstand in Berlin ein Walfisch-Probessen veranstaltet. Damals hat man leider nicht genau erfahren, wie es den Gästen geschmeckt habe . . . (Frankfurter Zeitung.)

Die Empfindlichen

Hitler hat in Holland einen »großen Sieg« erfochten: der Chefredakteur des Arbeiterblattes »Het Volk«, Gen. Ankersmit ist wegen Beleidigung Hitlers zu 150 Gulden Strafe in erster Instanz verurteilt worden. Der Vorgang zeigt die ganze Humorlosigkeit und Leichtgährtheit der deutschen Despoten: Sie, die mit allerschwersten Beschimpfungen gegen all und jeden, der ihr Gegner ist, sofort bei der Hand sind, fahren aus der Haut, sobald ihre Widersprüche und Unehrlichkeiten humoristisch beleuchtet werden.

Wegen einer Karikatur hat die deutsche Gesandtschaft im Haag die holländischen Gerichtsbehörden alarmiert, wegen einer Karikatur, an deren sachlicher Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Sie bezog sich auf Hitlers Worte an der Bahre Gustloffs: »Auf dem Wege unserer Bewegung liegt kein einziger Toter.« Das Mißverhältnis zwischen Hitlers Worten und Tatsachen forderte die Satire geradezu heraus, und der Zeichner von »Het Volk« hatte sie in denkbar sachlichster Form geübt, indem er dem die Worte sprechenden Hitler die Särge der von den Nazis Umgebrachten gegenüberstellte.

Wäre in dem Prozeß gegen Ankersmit ein Wahrheitsbeweis zulässig gewesen — er wäre in der eklatantesten Weise erbracht worden. Aber das dürfte aus prozessualen Gründen nicht sein — und weil man das wußte, hatte man von deutscher Seite den Prozeß riskiert, überhaupt nur riskieren können.

Es handelt sich nämlich um ein Verfahren wegen formaler »Beschimpfung«, beruhend auf einem alten holländisch-deutschen Staatsvertrag, der bei Beschimpfung des fremden Staatsoberhauptes gegenseitig Bestrafung zusagt. (Bei der Schließung des Vertrages hatte man allerdings mit selbst schimpfenden Staatsoberhäuptern noch nicht gerechnet!) Im Prozeß ging es daher nur um die formale Beleidigung Hitlers, die von der Anklage mühsam so konstruiert wurde: die Karikatur werfe Hitler nicht nur vor, die Unwahrheit, sondern absichtlich die Unwahrheit zu sagen. Um diese und ähnliche Haarspaltereien drehte sich die Verhandlung, man mußte sich darüber auseinandersetzen, ob der gezeichnete Hitler die Hand zum Schwure oder zum Faschistengruß erhebe usw.

Der Anklagevertreter beantragte schließlich eine Geldstrafe von 250 Gulden, das Gericht erkannte am 28. Oktober (in Holland findet die Urteilsverkündung erst Wochen nach der Verhandlung statt) auf 150 Gulden Geldstrafe. Ob gegen dies Urteil Berufung eingelegt wird, ist noch nicht bekannt. Für den Kenner der nationalsozialistischen Taktik ist der Zweck des Prozesses natürlich klar: nicht auf die Geldbuße kommt es seinen Urhebern an, sondern mit der Verurteilung wegen formaler Beleidigung will man die Biöße decken, die Hitler sich durch seine unwahren Worte gegeben hat.

Kurzberichte

In den ersten neun Monaten 1936 weist die Textil-Rohstoff-Einfuhr im Vergleich zur selben Periode des Jahres 1933 eine starke Verminderung auf. Vom Januar bis September 1933 wurden 1.630.000 dz Wolle eingeführt, in diesem Jahr dagegen nur 1.128.000 dz. Der Rückgang beträgt demnach etwa 33 Prozent. Die Baumwoll-einfuhr sank in der gleichen Zeit von 3.044.000 dz auf 2.212.000 dz. Hier liegt demnach um mehr als 25 Prozent unter der des Jahres 1933.

Grundlagen der auswärtigen Politik

Die stürmische Entwicklung, die die auswärtige Politik seit dem Machtantritt Hitlers genommen hat, die anscheinend unaufhörlich wechselnden Konstellationen, das Getöse der ideologischen Propaganda, das sie begleitet, macht den Versuch einer marxistischen, das heißt aber einer realistischen, hinter dem ideologischen Schein die wirklichen Triebkräfte und Interessen herauserschließenden Analyse erst recht notwendig. Dieser Versuch ist viel schwerer, also auch viel leichter Irrtümern unterworfen als in der Vorkriegszeit, und die Aufdeckung des Unterschiedes der Triebkräfte ist die erste Vorbedingung für das Verständnis der gegenwärtigen Situation.

Die Zeit vor dem Kriege war eine Zeit stürmischer intensiver und extensiver Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Sie war ökonomisch charakterisiert durch die Herausbildung des Finanzkapitals, politisch durch die Erstarkung des Imperialismus. Der überbordende kapitalistische Reichtum suchte nach immer neuen Anlagensphären, nach unentwickelten Gebieten, die dem eigenen Wirtschaftsgebiet einzuverleiben und durch Kapitalexpert zu erschließen waren. Dieselbe Entwicklung führte zur Erschließung der zurückgebliebenen europäischen Gebiete, zur kapitalistischen Durchdringung des Südostens, zum Erwachen der bisher geschichtslosen, fremder Souveränität unterworfenen Nationen und zu ihrem Drang nach nationaler und staatlicher Selbständigkeit. Der spanisch-amerikanische Krieg um Cuba und die Philippinen, der Krieg Englands gegen die Buren um den Besitz Südafrikas, der türkisch-italienische Krieg um Tripolis, die Balkankriege gegen die Türkei und der Balkanstaaten untereinander vermehrten die Spannungen zwischen den Großmächten und rückten die letzte Entscheidung aus der Peripherie immer näher an das europäische Zentrum.

In dieser Periode wird die auswärtige Politik ganz und eindeutig dominiert von den imperialistischen Flügeln des Bürgertums. Die ökonomische Analyse des Imperialismus, die Analyse der Wirkungen der kapitalistischen Expansion auf die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen läßt die Triebkräfte der auswärtigen Politik deutlich erkennen, ihre Resultate mit hoher Wahrscheinlichkeit voraussehen. Denn noch bestimmen die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie unmittelbar das Verhalten der Staatsmacht.

Bereits in dieser Periode vollzieht sich aber eine bedeutsame Aenderung im Verhältnis von Staatsmacht und Gesellschaft. Die imperialistische Politik erfordert eine starke konzentrierte Staatsgewalt. Das liberale Prinzip der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft, der friedlichen Kooperation der durch den Freihandel zur Weltwirtschaft verbundenen Nationen, der möglichsten Reduktion der Staatsgewalt weicht dem Bestreben, die Gewalt des Staates unmittelbar in den Dienst der Expansion der nationalen Kapitalismen zu stellen, den Staat deshalb so mächtig als möglich auszugestalten. Die Wirtschaftskonkurrenz wird zum bedrohlichen Wettkampf der Machtstaaten.

Entspringt so die neue Staatsmacht den imperialistischen Tendenzen, so bleibt sie dieser ihrer Entstehung verhaftet, sie stellt sich bereitwillig in den Dienst der imperialistischen Politik, von deren Stärkung ihre eigene Stärkung abhängt. Im Verlauf des Prozesses verschafft ihr diese Stärkung zugleich immer größeres Eigenleben; die staatliche Machtorganisation entwickelt ihre eigenen, auf Erhaltung und Mehrung ihrer Macht gerichteten Tendenzen; eine gewisse Verselbständigung gegenüber der Gesellschaft, der sie entsprossen, beginnt. Diese Verselbständigung ist am größten dort, wo die Staatsmacht im Gegensatz zu den Westmächten von je eine größere Unabhängigkeit von der bürgerlichen Gesellschaft behauptet hatte — in Deutschland und in Rußland. Zu zeigen, wie gerade diese relative Selbständigkeit zum Ausbruch des Weltkrieges geführt hat, wie die zur Unterschrift bereits fertige Verständigung zwischen England und Deutschland über die Einflußsphären in Vorderasien und über die portugiesi-

schen Kolonien, also die den bürgerlichen Interessen am ehesten entsprechende wirtschaftliche Kartellvereinbarungen an den machtstaatlichen Gegensätzen und namentlich an den deutschen Machtinteressen scheiterten, würde hier zu weit führen. Festzuhalten ist nur, daß auch tiefe wirtschaftliche Interessengegensätze erst dann zum Kriege führen, wenn sie, zum Inhalt der Staatspolitik geworden, die Existenz der Staaten selbst unmittelbar bedrohen.

Im Krieg hat die Erstarkung und zugleich die Verselbständigung der Staatsmacht ungeheure Fortschritte gemacht. Die Gesellschaft wurde unter die Diktatur

sind oder vom Staat neue Schichtungen gebildet werden, ist verstaatlicht.

Der totalitäre Staatsapparat übertrifft alle früheren erstens durch den Umfang seiner Machtmittel: Militär, Polizei, staatsunterworfenen Justiz und Verwaltung, die allein schon eine vom Staat abhängige, ihm dienstbare, interessierte Massengrundlage darstellen. Zweitens durch den Umfang seiner Betätigung: die autonome Wirtschaft wird in ihrer Betätigung in zunehmender Weise vom Staat nach seinen politischen Zwecken dirigiert. Drittens die gesellschaftsautonomen Organisationen — und wieder entscheidend die wirtschaft-

aller Schichten sammeln, Teile fast aller Gesellschaftsklassen und der herrschenden Kreise — Militär und hohe Bürokratie — gewinnen. Und diese Entstehung war wieder entscheidend für die Führung ihrer Politik.

Die Machtpolitik der Diktaturen ist eine sehr kostspielige Politik. Sie ist es schon im Innern, denn die Erhaltung und Ausdehnung des spezifischen diktatorischen Apparates, der zu dem eigentlich staatlichen hinzutritt, erfordert allein schon bedeutende Ausgaben. Aber diese sind verschwindend gegenüber den Anforderungen des Machtapparates für die Außenpolitik. Die Machtpolitik erfordert die Herstellung der militärischen Ueberlegenheit. Es ist das Charakteristische der Diktaturstaaten, daß sie die Bindung, die zwischen der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der militärischen Leistungsfähigkeit besteht, möglichst zu lockern und aufzuheben trachtet. Dazu befähigt sie die terroristische Herrschaft, die die Wirtschaft und alle Wirtschaftssubjekte dem Machtzweck unterwirft. Die Kriegsrüstung folgt jetzt nur den Anforderungen der an sich schrankenlosen, in steter Umwälzung befindlichen Technik. Die militärische Leitung entscheidet selbst nach rein militärisch technischen Erwägungen über ihre Anforderungen, für deren restlose Erfüllung die Staatsmacht zu sorgen hat. Die steigende Maschinisierung des militärischen Apparates, der wachsende Anteil der gelernten hochqualifizierten Berufssoldaten aller Grade läßt die Kosten im Vergleich zu früher ins Gigantische anschwellen. Ebenso schrankenlos ist das Streben, die militärische Ueberlegenheit gegen jede feindliche Koalition zu erreichen, und sie auch gegenüber den zunehmenden Gegenrüstungen zu behaupten. Und dazu kommt die Notwendigkeit, diese Aufrüstung in denkbar kürzester Zeit zu vollziehen, um die Gefahrenzone zu überwinden.

Das Mittel die Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den militärischen Anforderungen wenigstens über die kritische Zeit hinweg zu überwinden, ist die Inflation und die dirigierte Kriegswirtschaft, die durch die Bewirtschaftung des Außenhandels, durch die Zuteilung der Rohstoffe, durch die Staatsaufträge und durch die Auflagen, die sie der Industrie, z. B. zur Errichtung von Ersatzstoffanlagen, Erweiterungen ihrer Anlagen usw. erteilt, die vorhandenen Produktivkräfte in den Dienst der Rüstungsproduktion auf Kosten der produktiven Güterherstellung zwingt.

Die notwendige Folge dieser Machtpolitik ist die fortschreitende Zerrüttung der Wirtschaft, die hier in ihren verschiedenen wirtschaftlichen Aspekten fortlaufend geschildert wurde. Sie wird aber zugleich bestimmend für Inhalt und Ziel der Außenpolitik.

Der Krieg hat der klassischen Politik des Imperialismus, der Politik des Finanzkapitals, vorerst ein Ende gemacht. Die Gründe dafür im einzelnen zu analysieren würde zu weit führen. Auf drei entscheidende Momente sei hingewiesen. Zunächst ein ökonomisches. Die Nachkriegsperiode hat auch in den führenden kapitalistischen Ländern den Drang zum Kapitalexpert erheblich vermindert; soweit der Kapitalexpert, der sich von den Schlägen der Kreditkrise noch lange nicht erholt hat, wieder möglich wird, findet er in den Entwicklungsbedürfnissen der in der kapitalistischen Entwicklung zurückgebliebenen oder der neu aufstrebenden Rohstoffländer leichte Betätigungsmöglichkeit. Politisch ist aber in den demokratischen Ländern die Alleinherrschaft des imperialistischen Teils des Bürgertums über die Außenpolitik durchbrochen. Dazu kommt als ein sehr bedeutsamer Umstand der wachsende Widerstand, dem die imperialistische Politik bei ihren bisherigen Objekten begegnet. Das Erwachen der geschichtslosen Nationen, ihr Drang nach nationaler Selbständigkeit und Unabhängigkeit hat durch den Krieg und nachher außerordentliche Fortschritte gemacht. Das Erwachen der arabischen Welt, das für die Stellung Englands und Frankreichs schwierige und gefährliche Probleme auf-

Die Herren der Welt



den Kriegszweckes gestellt; nur in der Art der Finanzierung und der Kriegsgewinnbeteiligung blieb der Einfluß des Bürgertums sichtbar. Zugleich vollzog sich ein wahrhaft umstürzender psychologischer Prozeß. Der Staat erschien als allmächtiger Herr über die Wirtschaft. Daß er die Wirtschaft leiten, dirigieren, ordnen könne, wurde unbestritten herrschende Meinung, die letzten Reste des ökonomischen Liberalismus versank.

Diese Akzeptierung der Staatsomnipotenz blieb in den Krisen der Nachkriegszeit erhalten. Die Staatsmacht wurde von allen Seiten der Gesellschaft zugleich zu allem fähig und für alles verantwortlich gemacht. Persönliche oder wirtschaftliche Schranken für die Staatsbetätigung wurden nicht mehr anerkannt, die Ausdehnung der Staatsbefugnisse über die Gesellschaft begegnete immer weniger psychologischen Hemmungen.

Die höchste Machtvollkommenheit und zugleich den größten Grad von Verselbständigung gegenüber der Gesellschaft erreichte die Staatsgewalt im totalitären Staat, in den Ländern der Diktatur. Der Staat hat sich gleichsam in den Besitz der Gesellschaft gesetzt, die Gesellschaft, gleichgültig ob ihre Schichtungen zunächst erhalten bleiben, ob sie nivelliert

wird werden zerstört oder durch staatliche Zwangsverbände ersetzt. Viertens wird ein Kreis von in verschiedenster Abstufung an der Erhaltung der Staatsmacht Interessierter und für die Teilnahme Privilegierter zu einem von der Staatsleitung zusammengefaßten Bund — der sogenannten Partei — zusammengefaßt, deren Teilnehmer materiell und ideell mit der Staatsmacht auf Gedeih und Verderb verbunden sind.

Das alles besagt nun nicht, daß die Einflüsse, die von den einzelnen Klassen und Schichten ausgehen, ausgelöscht sind. Aber es besagt, daß neben den Klassen und über ihnen eine gewaltige Potenz sich verselbständigt hat, die stark genug geworden ist, den ihr eigentümlichen Zielen und Zwecken die Klasseninteressen, soweit sie ihr entgegenstehen, unterzuordnen oder sie zu brechen.

Oberstes Ziel des totalitären Staatsapparates ist die Erhaltung und Ausdehnung seiner Macht. Das ist der Inhalt seiner inneren, wie seiner äußeren Politik. Zur Macht gekommen sind die faschistischen Diktatoren, die Massengrundlage ihrer Herrschaft haben sie gewonnen im Zeichen des Nationalismus. Nur so konnten sie die in der Nachkriegszeit Deklassierten oder von der Deklassierung Bedrohten

wirft, deren Gefahren gestern durch die bolschewistische, heute durch die faschistische und nationalsozialistische Aufmachung des Nationalismus noch vermehrt werden, hat England zum teilweisen Rückzug aus Ägypten, zur Aufgabe des Mandates über den Irak, Frankreich zur Aufgabe des Mandates über Syrien gezwungen, während Roosevelt den Philippinen und Cuba staatliche Selbständigkeit gibt.

Die Politik der Diktaturstaaten aber hat mit dem klassischen Imperialismus überhaupt nichts zu schaffen. Dieser war die Politik eines mächtigen, rasch aufsteigenden, an überschüssigen, nach Anlage suchenden Kapitalien überreichen Kapitalismus. Die Diktaturstaaten aber sind arm. Nicht deshalb, weil sie keine Kolonien haben, oder England ihnen »das Gold gestohlen« hat, wie Göring sagt, sondern weil die Machtpolitik der Diktatur sie arm und ärmer macht. Deutschland und Italien brauchen keine Anlagensphären für unbeschäftigte Kapitalüberschüsse, sie bedürfen keiner unentwickelten Gebiete, die sie durch Kapitalinvestitionen für Eisenbahnen, Hafenbauten usw. allmählich erschließen. Was sie brauchen sind bereits entwickelte Rohstofflager, fertige, reiche, erschlossene Wirtschaftsgebiete, die sie ihrem Wirtschaftsbereich einverleiben können, um den Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die das wahnsinnige Ueberspannen ihrer Machtpolitik erzeugt hat, zu beheben. Weit entfernt von jeder Ähnlichkeit mit der imperialistischen Politik der Vorkriegszeit gleicht die Politik Deutschlands, Italiens und in etwas anderer Weise die Japans viel mehr der kolonialen Raubpolitik des Frühkapitalismus im 16. und 17. Jahrhundert. Nur daß damals das Handels- und Schiffahrtskapital Träger dieser Politik waren, während es heute die diktatorische Staatsgewalt ist. Es handelt sich für die Diktaturstaaten mit ihrer zerrütteten Wirtschaft um eine neue Art ursprünglicher Akkumulation, von außerökonomischer, durch Gewalt zu erreichender Reichtumserwerbung. Es ist diese nackte Raubpolitik, die Göbbels ankündigte, als er im Sportpalast rief: »Wir werden uns unsere Kolonien schon holen!« Denn das ist der höllische Kreis: Die Machtpolitik führt zur Wirtschaftszerrüttung, die Wirtschaftszerrüttung zwingt zum Eroberungskrieg um jene wirtschaftlichen Gebiete, die zur Fortführung und Aufrechterhaltung der Machtpolitik unerlässlich sind. Es ist nicht ein mystischer, den Diktaturen schlimmerweise innewohnender Drang zur Expansion, es sind die unausbleiblichen realen wirtschaftlichen Folgen ihrer Machtpolitik, die die Diktaturen in den Krieg treiben.

Es ist die Wirtschaftszerrüttung und deren Konsequenzen, die heute in Italiens und Deutschlands Politik

Ein Leser, der die Sportpalast-Reden von Göring und Rudolf Heß am Radio abhörte, schreibt uns:

Auf der Vierjahresplan-Kundgebung im Berliner Sportpalast erschien Göring wieder einmal in einer neuen und vielseitig bewunderten Uniform: in der schlichten SA-Tracht des alten Kämpfers, ohne Litze, Sterne und Orden. Er spielte den Mann aus dem braunen Volke, drohte und säuselte und zeigte auf seinen eigenen darbenenden Leib, der infolge des gewaltsamen Entzuges nahrhafter Butter zwanzig Pfund an Gewicht verloren habe. Jubelnder Beifall!

Aber der neue Diktator hat, von seinem Führer abgesehen, noch einen über sich: Göbbels, den Zensor. Zahlreiche Perlen aus Görings Rede, die am Radio sehr exakt zu vernehmen waren, wurden aus den Berichten über die Presse rücksichtslos herausgestrichen. Göring sprach, um einige Beispiele zu nennen, von ausländischen Zeitungen, die geschrieben hätten, in Deutschland müßte man um Butter, Fleisch und Eier Schlange stehen. Darüber regten sich die fremden Journalisten auf. Wenn aber mal ein Jude sich mit dem Ellenbogen breit mache und dafür bestraft werde, dann würde ein noch größeres Geschrei darum gemacht.

dominieren und zu ihrer Kooperation geführt haben, die heute die außenpolitische Konstellation in hohem Maße bestimmen. Das soll in einem folgenden Artikel dargelegt werden. Dr. Richard Kern.

Die wahre Humanität

Im Staate Kentucky wurde ein Neger wegen angeblicher Schändung einer alten Frau gehängt. An die zehntausend Menschen waren zur Hinrichtung herbeigeströmt, ein Teil der Menge riß dem eben Gerichteten die Henkermaske vom Gesicht, um sich Teile dieser Maske als »Andenken« zu sichern. Ein entsetzliches Kulturbild, zweifellos. Aber man staunt immerhin, wenn die Entrüstung darüber am stärksten aus dem Dritten Reiche hörbar wird. Die »Kölnische Volkszeitung« empfiehlt sich der Hittler, indem sie mit der Entrüstung gleichzeitig ein Lippe gegen die amerikanischen Kritiker Hitlerdeutschlands riskiert:

»Jedermann kennt die Art, in der sich gewisse Leute gebärden, wenn sie von Humanität sprechen. Diese Scheußlichkeiten bei der Hinrichtung stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Übung, als Sittenrichter in der Welt aufzutreten. Wenn mehr als zehntausend Menschen zu einer Hinrichtung strömen, dann sind diese Tausende seltsame Zeugen und seltsame Humanitätsapostel... Wenn man die Hinrichtung zu einem öffentlichen Schauspiel macht, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein solches Schauspiel als ein ganz finsterner Anschlag auf die wahre Humanität betrachtet wird.«

In allen deutschen Zeitungen fehlt in den spaltenlangen Referaten diese Stelle. Im letzten Teil seiner Rede sagte Göring, um das Volk zur Hungerkur zu ermuntern, wörtlich: »Werft doch den Blick auf den Führer, seht, wie der Mann arbeitet, denkt daran, weicht ein Leben in Sorgen er führte... Diesen Satz wiederzugeben, war der deutschen Presse gerade noch erlaubt, nicht aber der folgende: »Denkt doch daran, der Führer ist überhaupt keine Butter und kein Fleisch. Und was der Führer kann, das könnt ihr doch auch.« Man erinnert sich, daß Hitler in Nürnberg höhrend auf den bekannten Ausspruch einer bourbonischen Prinzessin in den Tagen der französischen Revolution verwiesen hatte, warum das Volk keinen Kuchen esse, wenn es kein Brot habe. Ohne peinliche Parallelen herauszufordern, konnte also die Bemerkung Görings über den sich kastelnden Führer den deutschen Zeitungslesern nicht gut vorgesetzt werden. Mit dem »Erst« des Führers im Leibe dürften vermutlich auch die deutschen Schwerarbeiter zufrieden sein.

Von besonderer Pikanterie aber war eine Zensurlicke, die den nach Göring redenden Führer-Stellvertreter Heß betraf. Er er-

klärte, die Parteigenossen hätten es gewiß mit Freuden begrüßt, daß man gerade Göring mit dieser schweren Aufgabe betraut habe, diesen Haudegen... Das zitiert auch die deutsche Presse. Heß aber fuhr mit besonders nachdrucksvoller Stimmentfaltung fort: »Dieser Bulle!«

Das Publikum, unter dem sich sämtliche Minister des Reiches, zahlreiche andere Würdenträger und viele Gauleiter befanden, brach bei dieser zarten Anspielung in einen geradezu wiehernden Beifall aus. Warum dieser »Bulle« in keiner deutschen Zeitung aus dem Stall des Sportpalastes in die publizistische Freiheit gelassen wurde? Aus Rücksicht auf die im schlichten Straßenkleide erschienene Frau Emmy, die züchtig errötend die Augen niedergeschlagen hatte? Schämte man sich vor dem Auslande, daß sich die Spitzen des Dritten Reiches noch heute, wo sie beim Empfang fremder Staatsmänner die diplomatischen Allüren der Arrivierten präsentieren, sich nach wie vor untereinander im Stalljargon anreden?

Immerhin: Heß hatte so unrecht nicht. Dieser »Bulle« benimmt sich genau so, wie der andere auf Feld und Wiese: er rrrnt, wenn auch ohnmächtig, mit gesenkten Hörnern auf jedes rote Tuch.

Die »Kölnische Volkszeitung« fordert zum Schluß, man solle ihr mit solcher Heuchelei und solcher Humanität zehn Schritte vom Leibe bleiben, was das Dritte Reich ja auch tut, denn dort macht man Hinrichtungen nicht zum öffentlichen Schauspiel, dort wird heimlich gemordet, hinter verschlossenen Türen gehängt und in Kerkern zu Tode gemartert. Ohne Urteil, ohne Schuldbeweis, nur wegen menschlicher Gesinnung. Im »Staatsinteresse« verschwanden Hunderte und wurden nicht mehr gesehen, nicht einmal von den Angehörigen. Wenn die davon erfuhren, standen sie schon vor verschlossenen Särgen. Wie heuchlerisch und lächerlich von Mister Roosevelt, sich über diese massenhafte lautlose Ermordung Unschuldiger aufzuregen!

Herrlichen Zeiten entgegen

»Wir wünschen nicht mehr zu hören, daß der Mensch arbeitet, damit seine Kinder es leichter haben. Mit dieser Auffassung sei dem Spießertum und einem unwürdigen Pazifismus das Tor geöffnet. Unsere Nachkommen können und werden es nicht leichter haben, weil das deutsche Volk nicht in einem luftleeren Raum jüdischer Theorien, sondern auf der Erde lebt, wo es in jeder Generation um neue Bewährung ringen muß. Unsere Nachkommen dürfen es nicht einmal leichter haben, den das deutsche Volk wolle nicht in Bequemlichkeit und Kleinmut versinken, sondern wolle groß und frei sein. Niemand habe

das Recht zu verlangen, daß er es leichter hat, als es Adolf Hitler gehabt hat.«

(Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, Bernhard Köhler, auf der Reichsarbeitstagung der Reichsbetriebsgemeinschaft 6, Eisen und Metall.)

Gerettetes Familienleben

»Ein Rechtsgrundsatz, den kürzlich das Landgericht Halberstadt in einer Ehescheidungsklage aufgestellt hat: Durch dauernde Nörgeleien eines Volksgenossen über die Mitarbeit seiner Ehegattin in der Bewegung kann die Ehe zerrüttet werden! Also sprach der weise Richter in der bewußten Ehescheidungsklage, nachdem er durch Anhören beider Parteien die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß der Ehemann ein typischer Nörgler ist, der durch fortgesetzte Sticheleien seiner Frau wegen der Zugehörigkeit zu der NS-Frauenschaft das Leben unerträglich gemacht hatte. — Also, Herr Meckerich und Konsorten: Vorsichtig, immer schön vorsichtig!! (Preußische Ztg. Nr. 283.)

Der Vogel

»Warum wollen Sie durchaus unser gutes deutsches Geld ins Ausland tragen, indem Sie sich eine chinesische Nachtigall kaufen? Wenn Ihr Kanarienhähnchen durchaus einen Gesellschafter haben soll, so kaufen Sie doch einen deutschen Waldvogel.«

Briefkastenantwort im »Westen«, Berlin, Nr. 308.

Deutsche Zeitung

In der Welt von Hawai bis Syrien — Mord und Totschlag,
vom Feuerland bis nach Sibirien — Korruption und Diebstahl.
Die Welt ist verdreckt und verunkelt — durch die Juden,
die Welt ist zum Saustall gesunken — durch die Bolschewiken.
*
Nur Deutschland kennt Schmutz nicht noch Schrecken — Heil Hitler!
(Es geruhte von selbst zu verrecken — Rassenschänder Cohn,
Auf der Flucht ward in Dachau erschossen — ein Bolschewik,
Man köpfte drei rote Genossen) — Heil Hitler!
*
Man murr, denn es mangelt an Butter — in England,
es mangelt den Schweinen an Futter — in Polen,
Die Hirne sind wirr und vernebelt — in Schweden,
Die Presse ist schändlich geknebelt — in Frankreich.
*
Nur uns ist ein Glückslos beschieden — in Deutschland,
Die Menschen sind satt und zufrieden — Heil Hitler!
Was brauchen sie Butter und Schinken — Heil Hitler!
wenn Weißkohl und Blutorden winken — in Deutschland.
*

Die russischen Staatsbonzen prassen — wie Fürsten,
sie saufen den Wotika aus Tassen — die Volksbetrüger.
Die Menschen verhungern zu Scharen — an der Wolga.
Gott mög uns vor gleichen bewahren — Hitler oder der Bolschewismus!
*
Herr Göring erhielt zu Gedenken — ein weiteres Schloß,
vom Staat ließ Herr Göbbels sich schenken — ein schlichtes Blockhaus.
Man verteilte dies Jahr als Belohnung — 50 Rittergüter.
Es mangelt dem Volke an Wohnung — aber das kommt noch.
*
Der Führer will nichts als den Frieden (und Danzig, Memel, Elsaß-Lothringen, die Ukraine, Kolonien usw.),
drum ziemt es uns, Waffen zu schmieden — Immer fest druff!
Wir brauchen Kanonen statt Butter — durchhalten!
und zu den Kanonen auch Futter — Bund der Kinderreichen.
*
Ihr Deutsche urarischen Schlages — Heil Hitler!
Kauft Blätter des Eher-Verlages — Heil Hitler!
Er hilft, euer Weltbild zu klären — Heil Hitler!
und hilft, eure Führer ernähren — Heil Hitler, Heil Hitler, Heil Hl, Heil, Heil, Heil (usw.).
Verantwortlich: Hugin.

Lieder der Freiheit

Kämpferische Lyrik kann mit großem Pathos von Blut und Rache, Aufstand und Freiheit dröhnen, sie kann aber auch von Tag und Traum singen, kann die Gegenwart ringsum zu Zeugen wirren Geschehens werden lassen und mit leiser getöntem Wort stärkere Erschütterung erzielen, als der lauteste Zorn. Zu dieser Art gehören die meisten Verse Fritz Brügels, der jetzt eine umfangreiche, starke Sammlung seiner »Gedichte aus Europa« (Verlag Der Aufbruch, Zürich) erscheinen läßt. Ja, es ist dieses schaurige Europa von heute, dessen krampfes Gesicht aus diesen Versen schaut, es ist dieses Europa, dessen stickige Atmosphäre unser Dasein vergiftet und starke Poeten nicht mehr auf sonniger Weide grasen läßt. »Dem Leben fehlt der Sinn in diesen Zeiten, da ihm die Freiheit, o die Freiheit, fehlt...« Dieser Zeit »geziemt barbarisches Gelächter«. Der Priester geht mit dem Henker, und die Heiligen auf hohem Postament wünschten, sie wären nicht Stein, sondern Holz, daß sie in hellem Brande zu Asche erlöset werden könnten. Schon steht Jahrgang 1914, der seine Väter im Kriege verlor, vor der Mobilisation.
»und wir nehmen der Henker Gewehre, Mutter,
und machen sie selbst zum Kanonenfutter, und keiner von uns wird lang warten.«
Die große industrielle Reservearmee »marschiert durch die Städte bei Tag und bei Nacht, die Schar der Selbstmörder singt ihren bitteren Sang und das Flüsterlied der Rechtlosen geht um:

Wir spinnen unsre Fäden fort,
das Netz wird immer dichter,
von Stadt zu Stadt, von Ort zu Ort
trotz Henker, Kerker, Richter.
Das alles erlebt der Dichter wie einen bösen Traum, »verzerrt und grau im ungewissen Licht...« Es ist das ungewisse Licht der Emigration, das alles ringsum noch gespenstischer erscheinen läßt und die besondere Stimmung dieses Buches mit ausmacht. Emigrantenheer und Ausgestoßene erheben ihre Stimme, ein neues Volk in der Welt:
Uns kleidet die Zeit in Monturen grau
Und macht uns zum Kriegeregiment.
Doch das alles wird einmal vorbei sein,
auch der Bomber, der oben noch seine Kreise zieht, das alles wird untergehen, aber:
Die roten Fahnen werden wehen —
ob wir dabei sind, ist egal.
Auch Brügels Lyrik ist an der Zeit härter geworden. Was er anpackt: Ernte, Ratten, Schlaf, Traum, Vorstadt — alles wird ihm unter der Feder zum Gesicht unserer Tage, zum Symbol der Umwelt. Reim und Rhythmus sitzen ihm im Blute, er formt gern in trommelnden Takten, ein Trommler, dem man anmerkt, daß er von feierlichen Instrumenten herkommt und daß ihm chaotische Zeit und starke Gesinnung den Schlegel in die Hand drückten.
*
Der Lyriker Sonka wurde in einem mährisch-slowakischen Dorf geboren. Ein slowakischer Poet deutscher Zunge. In seinen Versen ist Kampf und Stille, kosmische Schönheit neben sozialer Revolte. Eine allzu knappe Probe von alledem gibt das neue Bändchen »Der Bruder Sonka reist nach Kalkutta« (Eugen Prager Verlag,

Der Sanitätsfeldwebel Hitlers

Ministerialdirektor Arthur Gütt und die antibolschewistische Heilsbotschaft des Kindersegens

Zu den wenigen im Dritten Reich, die sicherlich mächtiger hinter den Kulissen als unmittelbar vor dem Souffleurkasten sind, gehört ohne Zweifel der jetzige Ministerialdirektor Arthur Gütt. Wer wußte vor fünf Jahren etwas von ihm und der Erlöserbotschaft, die er in seinem Fachbereich Deutschland zu übermitteln hatte? Stellen wir fest: er ist ein alter Kämpfer, wie hunderttausend andere — mit demselben ein wenig verbogenen und verschrammten, aber auch so herzlich unbedeutenden Vorleben! In diesem Falle also ein Medizinstudent, den der Weltkrieg aus der Bahn wirft. Gerät als Sanitätsoldat schon gleich im Anfang in russische Gefangenschaft und wird durch den Vormarsch der Deutschen wieder befreit. Angeblich knüpft sich daran die Ruhmestat, daß der Sanitätsführer Gütt vor der Gefangennahme noch vierhundert deutsche verwundete Kameraden seines Feldlazarets vor dem Zugriff der Kosaken gerettet haben soll. Allzu fundiert kann aber diese seine private Glorie-Legende (jeder echte Nazi hat übrigens eine, bis auf die von Göbbels, der einmal während der Ruhrbesetzung unter belgischen Peitschenhieben geschmachtet haben wollte) nicht gewesen sein. Denn obsohon Akademiker und so zum Stabsarzt prädestiniert, erhielt Arthur Gütt für nur das Eka zweiter Güte. Sicherlich verhält es sich damit also nicht anders, wie mit den fünfzehn lebend von Hitler gefangenen Engländern, die ihm doch nicht mehr als den Gefreitenrang einbrachten. Den ganzen Krieg über blieb der Gütt ein simpler Feld-Assistenzarzt. Dann ließ er sich zu Hause, im Ostpreußischen irgendwo bei Labiau, als praktischer Arzt nieder. Die Praxis florierte schlecht; also ging er zu den Nazis. Dort wurde er 1923 »Kreisleiter« von Labiau. Nun konnte er wenigstens wieder ein bißchen kommandieren und Leute kujonieren — das einzige, was er im Kriege wirklich gelernt hatte. In der Verborgenheit von Labiau verlief dieses hitler-normale Erdenwallen bis zum 1. Mai 1933, als Frick den weithin unbekanntem kleinen Mediziner, der aber eine gute Parteinote hatte, ins Reichsinnenministerium berief. Ihm wurde die Abteilung »Volksgesundheit« anvertraut. Mit einem Male war Gütt ohne Spektakel in die Weltgeschichte vorgerückt; er wußte sicherlich selbst nicht recht, wie ihm geschah. Mit dem wichtigen Referat im Reichsinnenministerium wurde das gleichwichtige im Preußischen Innenministerium alsbald verknüpft. Heute ist Herr Gütt doppelseitiger Ministerialdirektant mit dem Rang und Titel eines »Direktors«. Daneben ist er aber noch Präsident des Preußischen Landesgesundheitsrates. Er ist die oberste Spitze des Staatsmedizinischen Akademie. Er dirigiert den mit einer schweren Menge von

öffentlich-rechtlichen Funktionen bekleideten »Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienste. Die Gesundheitsfürsorge oder vielmehr das, was man jetzt unter ihr versteht, ist heute im Dritten Reich völlig aus der gemeindlichen Selbstverwaltung und damit aus ihrer vorzüglich sozialen Zweckbestimmung herausgehoben und staatlich straff zentralisiert, bürokratisiert und ideologisch militarisiert. Es sind allein weit über 400 Gesundheitsämter im Reich verstreut, über die Gütt souverän gebietet. Gütt's Aufgabe und Mission ist es, das deutsche Volk »rassisch« zu »heben«. Er faßt das ohne Zimperlichkeit an! An keiner Stelle zwingt sich der Staatsabsolutismus, der den Krieg vorbereitet, so dreist und fühlbar in das Privatleben des einzelnen, wie im Bereich Gütt's. Man denke an die Ehegesetzgebung Hitlers, die heute in ihren grundsätzlichen Ansprüchen sogar so weit geht, daß die Gerichte eine Ehe dann als ungültig erklären, wenn sie von einem Gesunden mit einem durch Zwangs- oder freiwillige Sterilisation unfruchtbar gemachten Partner eingegangen werden soll. Man denke an die Sterilisationsgesetzgebung selbst. Herr Gütt hat den »Arierparagrafen« für das deutsche Heiraten erfunden und eingeführt. Er steuert von der Spitze aus die braune Riesenpropagandamaschine für Kinderzeugung. Er diktiert den tausend und einigen Erbgesundheitsgerichten mit entsprechenden Appellationstribunalen. Kurz — wenn man die Härte einer Diktatur danach bemessen will, wie weit sie das Allerpersönlichste beschränkt und aufhebt, dann ist der Ministerialdirektor Gütt ganz ohne Zweifel der allermächtigste Diktaturbüttel, ohne daß freilich seine Betriebsamkeit sich so ins Bühnensicht stellt, wie Göbbels mit seiner Propagandaartillerie. Die Rolle, die Gütt in der Hitlerei zufällt, wird ganz deutlich und unmißverständlich umschrieben in einer kurzen Feststellung, die jetzt zu seinen Ehren das wissenschaftliche Organ des »Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienste«, das letzte Heft 2 des »Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie« macht, indem es schreibt:

»So werden die nach der allgemeinen Richtunggebung des Führers und Reichskanzlers durch Dr. Frick und Arthur Gütt unter zeitweiser (!) Beihilfe einiger weniger (!!!) besonders Sachverständiger bereiteten Vorentwürfe im Beirat soweit beraten und abgeändert, daß sie dem Reichsinnenminister und dem Reichskabinett als reife Gesetzentwürfe zur endgültigen Genehmigung unterbreitet werden können.« Herr Gütt ist also der eigentliche Exekutor der Hitlerschen Rassomanie und Gesetzgeber — derjenige, der zur juristischen Formalistik des Herrn Frick das nun einmal notwendige ärztliche Einzelwissen hin-

zutun darf. Dabei ist der Arzt Gütt sicherlich nicht weniger Rassen-Maniker als der »richtiggebende« Chef selbst. Ginge es nicht schon aus dem allgemeinen Inhalt der neudeutschen Volksgesundheitsgesetzgebung klar hervor, so aus der anderen Tatsache, daß Herr Gütt beim »Reichsführer der SS Himmler« — er selbst ist SS-Oberführer und tritt, ähnlich wie Ribbentrop nicht ohne dieses Räuberzivil vor die Rampe — »Chef des Amtes für Rassenpflege und Bevölkerungspolitik« ist. Nun weiß jeder um die barbarisch-ridikülen Experimente, mit denen die SS in eine Art Elitekorps für nordische Kinderzeugung erhoben werden sollte. Wenn davon das meiste nach hoffnungsvollen Anfängen auch auf dem Papier stehen geblieben ist und höchstens noch das angenehme-private Einzelbewußtsein des SS-Mannes angesichts arischer Jungfernwaden ausfüllen mag, so steht doch ohne Zweifel fest, daß Herr Gütt es war, der diesen Kaninchen-Romantizismus in seiner Amtseigenschaft beim »schwarzen Korps« zu realisieren versucht hat. Nicht weniger als fünf komplette »Reichsgesetze« sind bereits hinsichtlich des Sterilisationskomplexes in Kraft, angefangen mit dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom 14. Juli 1933 bis zum »Gesetz über die Zulassung der Strahlenanwendung bei der Sterilisation von Frauen vom 31. Jahre an«. Also setzt Herr Gütt förmlich das laufende Band für seine Manie in Betrieb. Es mag ihm schweren Kummer und schlaflose Nächte bereiten, daß ganz allmählich auch hier eine Ernüchterung seiner ärztlichen Fachkollegen, die sich einmal mit förmlichem furor teutonicus an die Operationstische und -messer stürzten, Platz greift. So hat kürzlich einer der Hauptsterilisationsfachverständigen Deutschlands, der Direktor der Frauenklinik in Göttingen, freimütig in einem Vortrag vor einem nordwestdeutschen Ärztekreis bekannt gegeben, wie man jetzt immer mehr Klienten wegen mangelnder Operationsfähigkeit zeitweise oder für immer zurückstelle. Für seinen Bereich gab der Sachverständige die Zahlen dieser Zurückstellungen von 1934 bis 1936 mit 3,4 Prozent, dann 12,9 Prozent und jetzt, im Jahre 1936, sogar mit 21,4 Prozent an. Demgemäß sei auch die Zahl der »postoperativen Störungen« — davon manche sicherlich mit Todesausgang für die Betroffenen — gesunken, und zwar von 16,9 Prozent über 12,4 Prozent auf jetzt nur noch 7,1 Prozent.

Das Kapitel Gütt läßt sich aber nicht beenden, ohne daß man nicht auch noch auf die weltpolitische Seite dieser Form von Besessenheit und krankhaften Zelotismus hingewiesen hätte. Dieser Gütt hielt nämlich kürzlich vor den bei einer Tagung in Warnemünde versammelten deutschen

Aerzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes einen Vortrag über »Volksgesundheit und Wehrkraft«. Schon allein die Wahl des Themas beweist alles dafür, wie spezifisch der Mann seine Mission auf faßt. Aber darüber hinaus bot der Ausflug in die ganz große Weltpolitik, den dabei Herr Gütt riskierte, doch den Nachbarn Deutschlands einigen Stoff zum Nachdenken! Daß es in West- und Mitteleuropa immer weniger Kinder gibt, ist nach ihm nicht etwa die Folgeerscheinung einer bestimmten Wirtschaftsweise mit ihren materiellen Zwangsläufigkeiten und ihren Lebensauffassungen, sondern »eine jüdisch-bolschewistische Schandtata«. Nach Gütt ist der Heilige Krieg gegen Rußland schon einfach deshalb notwendig — und ihm Weltsympathien zu gewinnen, war Sinn der lichtvollen Deduktionen — weil »die weißen Völker niemals den augenblicklichen Geburtenvorsprung der russisch-asiatischen Mischlinge aufholen werden«. Bußprediger und Kreuzfahrer zugleich möchte der Herr Gütt also sein. »Die westeuropäischen Völker stehen durch eine verfehlte Bevölkerungspolitik am Rande des Abgrundes!« Nur Pg. Gütt macht nämlich eine »richtige« Bevölkerungspolitik. »England kann nicht genug gewarnt werden. Wenn das nationalstolze England sein Empire behaupten will« — so besorgt ist der Gütt für fremder Leute Läden! — »ja, wenn es als Volk bestehen bleiben will, dann muß es aufhören, sich dem jüdisch-bolschewistischen Einfluß hinzugeben und ein sterbendes Volk zu werden. Der gute Rat ist dreist und drollig zugleich. Denn kurz vorher hatte ja Herr Gütt versichert, daß die »russisch-asiatischen Mischlinge« also gerade die Bolschewiken eigentlich im Fruchtbarkeitsrekord unschlagbar wären. Folgendermaßen erdingt Gütt's Schlußschrei an die unverständige Welt:

»Deutschland bringt aus der bitteren Erfahrung und den Verlusten des bisher blutigsten aller Kriege heraus seinen arverwandten Gegnern von damals, wozu England, aber auch Frankreich und Italien gehören, Verständnis entgegen, aber es vermittelt ihnen nunmehr auch neue Erkenntnisse, neue Lehren von Erbgesundheit und Rassenreinheit, von Familienpflege und Tradition! Bedenken wir, daß die Folgen dieser Erkenntnisse, so sonderbar das manchem unserer Gegner klingen mag, nicht Eroberung und Imperialismus, sondern Verbundenheit, europäisches Solidaritätsgefühl, Arbeit und Frieden sein werden.«

Und so genese denn die Welt wieder einmal am deutschen Wesen, obsohon sie heftig dagegen remonstriert. Wenn es also zum Kriege kommt in dieser von Hitler in ein Chaos verwandelten Welt — hier scheint der Beweis erbracht, daß die Gegner Deutschlands es nicht nur mit Stahlhelmen, sondern auch mit Wirrköpfen, nicht nur mit Gladiatoren, sondern auch mit Flagellanten zu tun haben werden: Vielleicht wird das sogar das Grausigste am kommenden Krieg sein. F. E. Roth.

Bratislava). Ein Dutzend Gedichte von Schönheit und Armut des Daseins. Nebenbei ist Sonka der Apostel eines »Weltbundes der Brüder«, einer Vagabundenvereinigung. Dies Apostelhafte und sein slowakisches Heimatgefühl geben seinen Liedern sozialistische Religiosität und gelbste Melancholie. Schade, daß sich dies Bändchen mit einer so kargen Auswahl begnügte. B. Br.

Audi Ganghofer . . .

Es war vorauszusehen, daß auch bei der deutschen Dichter-Olympiade jüdische Tücke einen Triumph feiern würde. Die deutsche Jury entschied sich für einen Roman von Dr. Neubauer. Vorsitzender dieser Jury ist der bekannte deutsche Schriftsteller R. G. Binding, gefeierter arischer Dichter, was jedoch Herrn Neubauer nicht hindert, jüdischer Herkunft zu sein. Darob in der Nazipresse großer Krach gegen Binding. Ob Tücke den Erbeninnern und Rasseninstinkts, die eine ganze gutgelesene Jury in die Irre führten!

In aller Stille dagegen und ohne daß man in einer Zeitung bisher davon lesen konnte, wird Ludwig Ganghofer ausgebürgert. Leys DAF hat angeordnet, daß Ganghofers Bücher aus den Betriebsbüchereien zu entfernen sind. Generationen haben sich seit vier Jahrzehnten an seinen ganzledernen Alpenromanen erbaut, seine »jaegerischen Buam« konnten vor deutscher Kraft nicht laufen. Millionen berauschten sich an seinen sakrischen Dirndl; er war der meistgelesene Juhu-Blubodiehter. Und nun stellt sich heraus, daß er seine völkischen Eingebungen aus den frivolen Emotionen der Rassen-schande bezog und daß seine Kraftlackel

vordernasiatisch überlagert sind, denn seine Frau war Jüdin. . . . An die Buchhandlungen sind bereits diskrete Weisungen ergangen. Sein Denkmal jedoch, Schande über Schande, steht unweit des Hitlerschen Land-schlösses in Berchtesgaden. Was wird damit? Wer sprengt das volksverräterische Standbild meuchlings in die Luft?

Und was wird aus seinem intimsten Freunde Ludwig Thoma, dem Schöpfer des bayrischen Bauernromans und kern-deutscher Volkstücker? Häufig und gern war er des Juhu-Dichters Gast, jagte von Jugend auf mit ihm im germanischen Wald und nennt ihn in seinen Tagebüchern oft und voll Zuneigung. Daß dieser Urbayer auch sonst sohamlosen Rasseverrat trieb, indem er eine Farbige frisch aus der »Schaubude wegkaufte, mit ihr lebte und was sonst noch — das ist alles nichts?! Wotans Fluch lastet auf unserem Volke und es gibt noch viel in den Bücherbrettern zu reinigen, ehe Deutschlands völkischste Dichter endgültig aus dem Dritten Reich verschwunden sind.

Nazi gegen Nation

Paul Schlemanns Anklage gegen das System. Unter den Vertretern der Auslandsdeutschen, die sich von Zeit zu Zeit im republikanischen Berlin zu versammeln pflegten, war der Baite Paul Schlemann der führende Kopf. Anders als so mancher Romantiker und Gefühlspolitiker hatte er begriffen, daß die Nation nur noch in der anerkannten Internationalität der europäischen Völkergemeinschaft ihren sicheren Standort finden kann, und mit scharfer Folgerichtigkeit konstruierte er das Recht der Auslandsdeutschen

als Teil eines internationalen Minderheitenrechts, an dessen Aufrechterhaltung nicht nur die 30 Millionen der europäischen Minderheiten, sondern auch die meisten Nationen selbst wegen ihrer jenseits der Grenzen lebenden Konnationales gleichmäßig interessiert waren.

Von den einstigen Kameraden Schlemanns haben sich die meisten nach mehr oder weniger langem Widerstand ergeben und gleichgeschaltet. Daß er selber sich treu geblieben ist und nicht vor der Siegermacht kapituliert hat, beweist mit erfreulicher Klarheit sein kleines Buch »Ein europäisches Problem. Die Minderheitenfrage«, das unlängst im Wiener Reinhold-Verlag erschienen ist. In diesem Buch erhebt ein Mann, an dessen nationaler Gesinnung und nationalen Verdiensten allerdings kein Zweifel möglich ist, Anklage gegen das braune Regime, weil es die Interessen des Auslandsdeutchtums aufs schwerste schädigt und gefährdet. »Eine Minderheit« schreibt er, »die sich zur nationalsozialistischen Bewegung bekannte, hatte damit das stittliche Recht preisgegeben, gegen die Nutzenwendung dieser Doktrinen im eigenen Staate Einspruch zu erheben.« Und er fährt fort:

»Das gilt in hohem Maße auch von der antisemitischen Bewegung, die ihrem ganzen Wesen nach mit der minderheitenrechtlichen Position nicht in Einklang gebracht werden kann. Gibt ein Auslandsdeutscher einmal zu, daß ein Staat oder ein Volk das Recht habe, Staatsangehörige wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volkstum oder einer bestimmten Rasse ihrer Bürgerrechte zu entkleiden, so räumt er damit auch jedem Staate oder Volke das Recht ein, von sich aus zu bestimmen, welches Volk oder wei-

che Rasse zum Objekt solcher Entrechtung gemacht werden soll. Wenn wir an die antideutsche Propaganda während des Weltkrieges zurückdenken, und dann jene Volksstimmung beobachten, die heute nicht nur in Europa, sondern fast in der ganzen Welt von Tag zu Tag an Umfang zunimmt, so wird man sich der Besorgnis nicht entschlagen können, die Einräumung solchen Rechtes könnte dazu führen, daß die passive Rolle, die der deutsche Antisemitismus heute den Juden übertragen hat, einmal auf anderem Boden dem Deutschen auferlegt werde.«

Die heutigen Herren Deutschlands bestreiten die Zulässigkeit solcher Vergleiche. Sind doch die Juden schwach und waffenlos, sie dagegen verfügen über eines der stärksten Heere der Welt. Sie hätten 1918 lernen können, daß der Glaube an die Alleinvertretung Verderben führt.

Deutsch sein heißt — — —

In der »Deutschen Rundfunkstunde« wurde kürzlich unter »München 405/740, 13, Konzerte« angekündigt:

Gounod: Ballettmusik a. Die Königin von Saba.

Jeder Funkredakteur weiß, daß der Komponist dieser Oper nicht Gounod, sondern Goldmark heißt. Mindestens weiß das der Dirigent, der ja sein Programm angibt. Auch der Ansager sagte laut und deutlich: Gounod. Also wurde hier von einigen Seiten bewußt gelogen, denn Goldmark ist ungarischer Jude — und — — — um soll man ausgerechnet den nicht bestehen, wenn man drüber täglich Juden bestieht?!

Die Lüge vom braunen Lohnschutz

„Das Parteiprogramm wird verwirklicht“

Wucherer und gemeinschädliche Volksverbrecher sind mit dem Tode zu bestrafen.

Programm der NSDAP, Punkt 18. Mitte August hatten die Unternehmer vom Reichspropagandaminister die Anweisung erhalten, in 14tägigen Abständen über die Stimmung der Betriebsarbeiter zu berichten. Besondere Stellen der Gestapo nehmen diese Berichte entgegen; die völlig willkürlich vorgenommenen Massenverhaftungen von früheren Funktionären der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie lassen keinen Zweifel, wie diese Berichte ausgefallen sind. Die Spannungen nehmen zu und die Lohnforderungen sind weiter der Schreck des Regimes. Je mehr die Proklamationen von oben jede Lohnhöhung als Volksbetrug kennzeichnen und je mehr nun die kleinen Bonzen im Lande dieselben Reden nachplappern, um so eingehender beschäftigen sich die »Gefolgschaften mit diesem Teil des Vierjahresplanes. Die Arbeitsfront versucht abwechselnd mit guten Zureden und mit betriebspolizeilichen Maßnahmen ihren »Aufklärungsdiens« zu besorgen. So wendet sich die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« in einem Aufruf an die »Kameraden«, endlich das »gemeinschaftliche Kriechertum« aus den Betrieben auszumerzen und gegen die hinterhältigen selbstsüchtigen Kriecher unbarmherzig vorzugehen, sie zu ächten. Es zeigt die ganze Verhüllung dieser Arbeitsfront, daß sie offiziell die anständigen Arbeiter gegen die Spitzel und Denunzianten der DAF aufhetzt. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß der Häuptling der DAF, Ley, mit dem Stabschef der SA Viktor Lutze eine Vereinbarung getroffen hat, wonach künftig SA und Werkscharen »Seite an Seite marschieren«. Es ist die organisatorische Verbindung im Betriebe hergestellt zwischen den »alten Kämpfern« und in den Werkscharen gedrückten Werkscharen-Jugend.

»Auf dieser Basis ist der Stoßtrupp des Nationalsozialismus im Betrieb begründet.« Damit wäre »das gemeinschädliche Kriechertum im Betriebe« vollständig organisiert. Die Arbeiter aber bleiben, wie ihnen befohlen »unbarmherzig gegen die Kriecher« und sie diskutieren unentwegt die volkswirtschaftliche These des Führers. Sie bedienen sich dabei der Nazipresse, die feststellt, daß die industrielle Produktion von 1932 bis 1935 um 64 Prozent, die Zahl der Beschäftigten aber nur um 24 Prozent gestiegen ist. Die Lohnsumme jedoch hat nur eine Steigerung von 22 Prozent erfahren, wobei diese Nominallöhne die ungeheure Teuerung noch nicht berücksichtigen. Die Arbeiter erinnern sich der Parole des Ley: Wer leistet, soll fordern. Sie fordern den ihnen gestohlenen Anteil am Wirtschaftsertrag.

Die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« liefert den Gefolgschaften weiteres Material zur Lohndiskussion. Sie berichtet am 4. November von der Produktionssteigerung im Steinkohlenbergbau. Im Ruhrgebiet allein ist im September die Erzeugung von 8,75 im Vormonat auf 9 Millionen Tonnen angestiegen. Die DAK teilt begeistert mit, daß infolge der Produktionssteigerung weitere Gefolgschaft eingestellt werden konnte, von Lohnhöhung ist natürlich nicht die Rede. Die Angst, daß durch Lohnhöhungen die Ausbeutung der Bergarbeiter beschränkt werden könnte, ist entscheidend. Das Reichsarbeitsblatt faselt noch von einer Erhöhung der durchschnittlichen Bruttoschichtverdienste, verschweigt aber dabei, daß sich infolge der Rüstungskonjunktur die Zusammensetzung der Bergbaubetriebschaften verändert hat. Die direkt an der Kohलगewinnung beschäftigten Arbeiter, d. h. die höchstbezahlten Gruppen haben zahlenmäßig zugenommen, so daß der Vergleich der Durchschnittslöhne irreführend ist. Bringt man die amtlichen Ziffern in Zusammenhang mit der Erhöhung der Lebenskosten, so ergibt sich folgendes Bild:

Der durchschnittliche Brutto-Schichtverdienst betrug für das Ruhrgebiet:		
Verdienst 1935 in		
1935	1932	Kaufkraft 1932
7.15	7.05	5.72

Die Löhne der übrigen Bergreviere liegen noch weit tiefer. Dem Bergmann bleiben von diesem Bruttolohn nach den Abzügen noch nicht 75 Prozent als Nettoeinkommen.

Die DAF mußte inzwischen einsehen, daß mit der »Lehre von Nürnberg« die anbefohlene Ruhe in den Betrieben nicht herzustellen

ist. Sie versucht ihr Glück deshalb wieder einmal mit dem Stoßsüßer ihrer »antikapitalistischen Sehnsucht«. In großer Aufmachung wird ein Artikel verbreitet:

»Das Parteiprogramm wird verwirklicht.«
»Der Lohnschutz im nationalsozialistischen Rechte.«

Ganz im Stil des »verfluchten Marxismus« schreit die DAK:

»Die einzige Einnahmequelle, die der Arbeiter gewöhnlich hat ist sein Lohn, der Ertrag seiner Arbeit. Für die große Mehrzahl der Bevölkerung stellt der Ertrag ihrer Arbeit ihr gesamtes und einziges Vermögen dar. . . . Wenn sich auch die nationalsozialistische Auffassung vom Arbeitsverhältnis grundsätzlich von der früheren unterscheidet und wenn wir klar erkennen, daß es ein Treueverhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft geben muß. . . . so bleibt doch die vorrangigste Aufgabe der Staatsführung, daß sie sich für die Sicherung des Ertrages der Arbeit einsetzt und Verstöße gegen diese Forderungen mit schweren gerichtlichen Strafen belegt.«

Soviel Worte, soviel Lüge. Der Vierjahresplan, dieses schlimmste Machwerk des Lohnraubes wird als eine Sicherung des gerechten Anteils des Arbeiters am Ertrag seiner Arbeit umgelogen. Nicht genug damit, erzählt die DAK, daß vor Hitlers Machtantritt nur unzureichende Lohnschutzbestimmungen in der Gewerbeordnung bestanden hätten. Das gesamte Tarifrecht und die aus ihm gegebenen Rechtsverbindlichkeiten werden einfach totgeschwiegen und erklärt, daß sich

»im damaligen Strafgesetz kein einziger Paragraph befindet, der die Arbeitskraft des Volksgenossen schützt.«

Diese feigen Knechte, die von der Staatsverfassung angefangen über das Arbeitsrecht, die Arbeitsgerichte bis zu den Gewerkschaften, jeden Arbeiterschutz gegen Ausbeutung und Lohnwucher zerschlagen haben, reden jetzt von der »unzulänglichen Regelung« der früheren Regierungen. Ja sie proklamieren noch einmal für die Lohn- und Gehaltsempfänger den Artikel 18 ihres Parteiprogramms und versteigen sich schließlich zu der Erklärung:

»Wie diese Anschauungen (NSDAP-Programm, die Red.) in die Tat umgesetzt werden, zeigen die Arbeiten der amtlichen Strafrechtskommission. . . . es ist nötig, jede wucherische Ausbeutung zu bestrafen.«

Dieser Strafgesetzesentwurf enthält neben dem

»Rute und Stock«

Gibt es ein Privatleben? — Wer darf schnüffeln?

Die Partei hat es den Herren Betriebsführern immer wieder nahegelegt, endlich »Betriebsordnungen« zu erlassen. Nun wurde der Aufforderung von vielen Seiten Folge geleistet — und siehe, was dabei herauskam, waren Zuchthausordnungen, die den Geist der deutschen »Volksgemeinschaft« weithin riechbar ausdünsteten. Ueber die Grenzen des Betriebes hinaus, ja bis ins eheliche Schlafzimmer fühlen sich die Gefolgschaftsmitglieder von den wachsamen Augen ihrer väterlichen Direktoren verfolgt. Da ein ausreichender Lohn in den Betriebsordnungen nicht versprochen werden kann, wird wenigstens auf die Seelsorge, auf die sittliche Wartung des Lohnempfängers der größte Wert gelegt. Als das Murren der also Betretenen immer mehr anschwellt, sah sich selbst die »Nationalsozialistische Korrespondenz« veranlaßt, sich in einem Artikel mit den Betriebsordnungen auseinanderzusetzen, die »ogar das Privatleben der Betriebsangehörigen nicht in Ruhe lassen.« Wir lesen:

»Es soll anerkannt werden, daß in derartigen Fällen nicht immer überspitztes Herrenbewußtsein zum Ausdruck gelangt. Trotzdem aber wird es von den Betriebsangehörigen meistens als solches empfunden und daher nur sehr widerwillig getragen werden. Der Betriebsangehörige wird leicht argwöhnen, daß ihm auf diesem Wege eine Fessel angelegt werden soll, die er mit der Zeit oder auch unter besonderen Umständen besonders drückend zu fühlen bekommt.

Selbst ein erzieherischer Einfluß wird hierdurch sehr in Frage gestellt, da die erhobene Rute und der Stock kaum mehr bei Kindern, geschweige denn bei Erwachsenen als geeignete Erziehungsmittel angesehen werden.«

Noch nicht lange ist es her, da wurde von höchster Stelle die Parole ausgegeben: »Es gibt kein Privatleben mehr.« Inzwischen hat sich's offenbar herausgestellt,

daß die Beschnüffelten auf diese Perversität sauer reagierten. Seither versucht man — übrigens ohne Erfolg —, wenigstens die Unternehmer von den Schlüsselöchern abzu-drängen, damit die Partei selbst desto ungestörter »überwachen« kann. — Bis ihr eines Tages Rute und Stock aus der Hand geschlagen werden.

Streikverbot die strafrechtliche Ahndung des »mangelnden Arbeitswillens«. Das Strafrecht wird zur ausgesprochenen Waffe der Ausbeuter im Kampf gegen ihre Arbeiter umgebildet; die Deutsche Arbeitsfront aber schwätzt vom »neuen Lohnschutz«. Einer der Ministerialknechte im Justizministerium klagt allerdings darüber, daß man gegen Streik und passive Resistenz »als Massenerscheinung« mit Paragraphen nicht ankommen könne. Weil die »strafwürdigen Massen« nicht zu fassen sind (die Nazis merken auch alles) hat sich die Strafrechtskommission in weiser Selbstbescheidung darauf beschränkt, die »Rädelsführer« und »Streikhetzer« zu vernichten. Falls man sie nicht finden kann, so werden, wie die Praxis der letzten Wochen zeigt, einfach Hunderte von unschuldigen früheren Vertrauensleuten verhaftet und zu Tode gemartert, um ein Exempel zu statuieren. Die Waffe der Arbeiter, wie sie in der passiven Resistenz besteht, soll durch die künftigen Bestimmungen über die Strafbarkeit der »Nichtverrichtung von Arbeit« zerbrochen werden. Eine weitere Verschärfung in der Anwendung des Nazi-Strafrechts ist vorgesehen, indem neben dem Begriff des »lebenswichtigen Betriebes« der umfassendere des »kriegswichtigen Betriebes« eingeführt wird. Das Arbeitsgericht, das kürzlich eine Wiedereinstellungsklage von Arbeitern der Opelwerke abgewiesen hat, hat die Begründung des neuen Strafrechts vorweggenommen. Der Arbeiter, der den ihm vom Führer versprochenen gerechten Lohn verlangt und in Befolgung des NSDAP-Parteiprogramms vom Gericht den ihm versprochenen Lohnschutz verlangt, ist sich »seiner Verantwortung an der Volksgesamtheit« nicht bewußt. Das Arbeitsgericht hat die klagenden Arbeiter darauf verwiesen, daß die Vertrauensleute der Deutschen Arbeitsfront und die Treuhänder hinreichens Möglichkeiten haben, um eine befriedigende Regelung der Lohnverhältnisse zu sichern. Dieselbe Arbeitsfront, die sich zum Anwalt und Vollstrecker der Ausbeutung macht, soll als Garant für das Recht der Arbeiter angerufen werden. Höher läßt sich der Schwindel nicht mehr treiben.

Die Vollstreckung des Artikels 18 des Parteiprogramms gegen die gemeinschädlichen Volksverbrecher wird wohl den dazu berufenen Kräften der deutschen Arbeiterschaft selber vorbehalten bleiben!

daß die Beschnüffelten auf diese Perversität sauer reagierten. Seither versucht man — übrigens ohne Erfolg —, wenigstens die Unternehmer von den Schlüsselöchern abzu-drängen, damit die Partei selbst desto ungestörter »überwachen« kann. — Bis ihr eines Tages Rute und Stock aus der Hand geschlagen werden.

Aus der braunen Kunstzuckerbäckerei . . .

»Der oft angetroffene Versuch, schlesisches Schaffen oder Bilder mit der schlesischen Landschaft in ihrer ganzen Armut zu zeigen, und als malerisches und künstlerisches Motiv das darzustellen, was wir leider des öfteren noch zu sehen bekommen, kann nur möglich sein, wenn der Künstler nichts davon weiß, daß sich das Volk durch die Organe der NSDAP verzweifelt bemüht, diese unwürdigen Zustände abzuschaffen. Und wenn dieser Versuch der Partei unternommen wird, dann weiß jeder Nationalsozialist, daß dieses Bemühen von Erfolg gekrönt ist und daß all die traurigen Züge einer falschen Menschenführung der Vergangenheit verschwinden werden.«

So der »Landesleiter Schlesien der Reichskammer der bildenden Künste«, ein gesinnungswackerer Pp. Alfred Perret in den »Schlesischen Monatsheften«, die sich auch »Blätter für nationalsozialistische Kultur des deutschen Südoostens« nennen. Da werden wir also nächstens den oberschlesischen Kumpel gemalt oder aus Gips im Golfanzug bewundern dürfen!

Wieder einer!

Der Geschäftsführer des Reichsbauernrates, Hauptamtsleiter SS-Standartenführer Richard Arauner, ist tödlich verunglückt, als er von der Vereidigung des Landesbauernrates Saar-Pfalz, zurückkehrte.

Deutsche Pressemeldung vom 3. 11. 36.

Der höhere Grad der Bibel

»Das Bekenntnisbuch des Führers umfaßt — wie die nationalsozialistische Weltanschauung, deren Grundbuch es ist — das Ganze einer deutschen Lebensführung. Wer in »Mein Kampf« nicht eine Bestätigung, Ausrichtung, Vertiefung seiner Ueberlegungen findet, der hat an irgend einem Wesentlichen, d. h. am Gegenwärtigen und Politischen vorbeigezigt. Das gilt auch für die Wissenschaft. . . .«

(Herbert Freudenthal in der wissenschaftlichen »Zeitschrift für Volkskunde«.)

Eine kleine Meuterei

Betriebsunfall im Film.

Vor kurzem lief mit parteiamtlicher Genehmigung in den deutschen Kinos ein amerikanischer Film: »Meuterei auf der Bounty«. Es handelt sich um eine wildabenteuerliche Sache nach einem erfolgreichen Roman. Die schlimmsten Meuterer werden teils gehängt, teils friedlich angesiedelt; man kennt so was aus zahlreichen Hollywood-Produkten.

Bei der deutschen Fassung hat sich ein merkwürdiger Unfall ereignet. Man liest darüber anlässlich der Berliner Erstaufführung im »Westdeutschen Beobachter«:

»In Berlin sahen die Zuschauer noch etwas anderes. Das Titelband »Meuterei auf der Bounty« lief nicht über das Segel der Brigg, die hier die Hauptrolle spielt, sondern über einen durchsichtigen Bücherschrank, der — scharf zusehenden Augen zufolge — eine Auslese der deutschen Emigrantenliteratur von Emil Ludwig bis Stefan Zweig enthielt. Eine Armseligkeit, die wir keinem zutrauen, der ernstlich an diesem Film mitarbeitete. Denn der Film »Meuterei auf der Bounty« ist gut.«

Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Spuren dieses zweifellos jüdisch-bolschewistischen Sabotageaktes bereits bei der nächsten Aufführung getilgt waren. Es gab sofort einen andern Bücherschrank als Hintergrund, einen mit »Mein Kampf«, Rosenbergs »Mythos« und Göbbels' »Michael«, vor allem aber mit sämtlichen 28 Bänden Karl May, um die literarischen Inspirationen des Führers zu verdeutlichen.

Zivilisation — Systemlosigkeit

»Wir spotten, wenn unzivilisierte Völker an Götzen glauben, aber auch die Europäer huldigen dem Aberglauben, wenn sie dem Glauben an Systeme verfallen, wie sich das beispielsweise jetzt wieder bei den Erörterungen über Währungssysteme gezeigt habe. Wo ist da der Unterschied?«

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, Bernhard Köhler, auf der Außenhandelschulungswoche der DAF in Mühlheim/Ruhr.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horst; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Guld 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Dtn. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.504. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.